

zu der funktionalen Notwendigkeit des Ausschlusses *des* und vor allem *der* Irrelevanten. Die Aufrechterhaltung dieser systemfremden Hoffnung scheint ein Zugeständnis an die kulturelle Beteiligungsnorm zu sein: Aus der Systemlogik heraus zumindest ergibt sich zumindest kein Zusammenhang, wohl eher eine Zurückhaltung gegenüber der Aufnahme.

Eastons politisches System funktioniert nur bedingt als ausgleichender Transformationsmechanismus der pluralen Eingaben, heterogener politischer Forderungen und Interessen. Vordergründig stellt es einen Reiz-Reaktions-Mechanismus dar, dessen Primat die eigene Persistenz ist. Ein systemorientierter Zugang reduziert die Eingaben zu *irritierenden* Faktoren, die mit ihr Störpotential aus der Umgebung erhalten. Dennoch haben sie zunächst keine inhaltliche, geschweige denn eine politische Qualität. Der einzig bedeutende Faktor der Eingabe ist sein Potential an Stress, welches sich wiederum an die Position der Akteure knüpft. Das Problem am Begriff der Eingabe wie des *Inputs* ist die Suggestion eine Übernahme durch und in das System. Diese Annahme ignoriert die systemlogischen Imperative, denen die Filterung und die selektive *Lese* des gegebenen Vielerlei an politischen Interessen und damit eher die Kennzeichnung als *Aufnahme* denn als *Eingabe* entspricht.⁶⁵ Das Motiv des Systems besteht nicht in Idealen politischer Abbildung oder der Umsetzung, sondern die Wahrung seiner Persistenz durch die Aufrechterhaltung der Performanz.⁶⁶ Der Eingang muss in den funktionalen Zusammenhängen des Systems verstanden werden: Wenn es anderen performativen Strukturen wie dem politischen Wettbewerb Fraenkels um die Auszeichnung eines Resultates des politischen Prozesses im Sinne einer Allgemeinwohlorientierung a posteriori geht, zeichnet sich der Zugang Eastons durch das Primat der Systemfunktionalität aus. Das politische System hat weder selbst eine demokratische Qualität noch muss es die Wege seiner Einspeisung und seine Ausgaben derart auszeichnen. Die Demokratie nimmt den Rang eines kulturellen Kontextes ein, der zwar durchaus gewisse Einflüsse auf das System hat, aber stets hinter strategischen Erwägungen zurückstehen muss. Wir müssen uns der Differenz beider Zugänge bewusst bleiben, auch wenn wir sie nicht mehr detailliert ausbreiten können. Festzuhalten bleibt die sich mit der *Konversion* verbindende Komplexitätsreduktion, zum einen über eine die Beschränkung des Zugangs (personal und thematisch), zum anderen über die *Trichterfunktion* des politischen Systems. Beide dienen der effektiven Limitierung der *input*-Menge.

3. Die Unterstützung der Objekte und Strukturen des politischen Systems

Die Unterstützung (*support*) ist der zweite Eingang in das System und meint im Grunde eine Zustimmung und Akzeptanz der jeweiligen Objekte und ihrer Entscheidungen. Eastons gleichrangige Behandlung beider Systemeingänge muss indes kritisiert werden, sind diese doch in ihren Funktionsweisen zu trennen: Liefert der Eingang Anreize und

65 Auch die Unterstützung meint keine Eingabe *in* das System, sondern nur die Informationen über die Unterstützung, die dann vom System selbst bewertet wird und zu Reaktionen führt.

66 Nach Willke (2014, S. 22) ist das essentielle Kriterium eines Systems dessen Fähigkeit zur Selbststeuerung, die sich dezidiert nicht an externen Einflüssen knüpfen kann.

Informationen einer systemexternen Umgebung, so zielt die Unterstützung auf ein Potential an Zustimmung und Vertrauen, durch das politische Verfahren und Akteure von Rechtfertigungsaufgaben entlastet werden. Steht das Eine am Anfang des politischen Prozesses und gibt ihm seine Richtung, so bildet das Andere die Grundlage dieser Prozesse durch langfristige Einstellungen gegenüber den Strukturen, Funktionen und Institutionen. So verstanden nimmt das System die Unterstützung weniger auf als sein Betrieb auf ihr beruht.

Easton differenziert die Unterstützung hinsichtlich verschiedener Objekte (politische Gemeinschaft, Regime, Autoritäten), denen sie entgegengebracht wird und nach zwei verschiedenen Modi (spezifisch und diffus). Neben der autoritativen Zuteilung von Werten, der *Konversion* und der Komplexitätsreduktion müsse ein politisches System Energie und Motivation für die Kooperation, deren Ziele und Komponenten absichern. (Vgl. A, S. 153) Mit der Unterstützung zielt Easton demnach auf die Zu- und Ausweisung von Autorität, Legitimität und Gemeinwohl, die nicht nur die *Konversion* ermöglichen, sondern ebenso der Geltung gesellschaftsverbindlichen Entscheidungen und der Akzeptanz der institutionellen Arrangements und Spielregeln des Regimes und der Autoritäten zugrunde liegen.⁶⁷ Letztlich ist die Unterstützung im Falle der *politischen Gemeinschaft* von speziellem Interesse, da hier die essentiellen Kohäsionskräfte der Mitglieder verortet seien. (Vgl. A, S. 157) Die drei Objekte verweisen auf verschiedene Integrationsgrade und -formen, gleichsam stehen diese sowohl in einem gegenseitigen Bezug und stiften eine Einheit, die sich über ein bestimmtes Kollektiv, eine bestimmte Ordnung und ein bestimmtes Personal konstituiert und so eine geteilte politischen *Welt* formiert. Ebenso ist die Unterstützung eine zentrale Komponente der Persistenz politischer Systeme, legt sie doch Puffer an, die im Falle von Umsetzungsdefiziten das politische System stabilisieren.⁶⁸ Eastons Fokus liegt auf dieser Ausbildung längerfristiger Ressourcen der Stabilität und deren Potential zum Ausgleich kurzfristiger Schwankungen der Umsetzung.⁶⁹

67 Auch für den Konversionsprozess sei es unabdingbar, die Akzeptanz zweier Level bei den *relevanten* Mitgliedern vorauszusetzen, neben der Gruppeneinheit die Strukturen und Regeln des politischen Systems. (Vgl. A, S. 158)

68 Eine Systemveränderung findet statt, wenn sich ein oder zwei Objekte verändern; nur wenn sich alle drei gleichzeitig ändern, können wir mit Easton (A, S. 172) von einem grundlegenden Systembruch reden. Fuchs (PTS, S. 360) kritisierte diesen Anspruch und verweist auf unplausible Kontinuitäten von politischen Systemen, zum Beispiel eine systemische Persistenz zwischen einer freiheitlichen Demokratie und (in Millers Worten) einer *Tyrannie größten Ausmaßes*. Dieser Wandel könne, so Miller (DEPT, S. 228 – 235, insb. S. 232f.), nach Easton als Stressreaktion gelesen werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Easton Zwang als autoritätsgenerierendes Mittel unter bestimmten Voraussetzungen durchaus zulässt.

69 Allerdings reicht es für ein stabiles System aus, dass eine Minderheit Unterstützung aufbringt. Eine kleine Zahl gänzlich überzeugter und systemrelevanter Mitglieder ist genug, um ein System stabil zu halten: »*Equal expressions of supportive attitudes cannot automatically be given equal weight with respect to their consequences for persistence of a system.*« (S. 166f.) Eine politische Elite, ein Militärkader oder eine *intelligentsia* »*count for more than high levels of support from unorganized millions.*« (A, S. 167) Wieder höhlt der funktionale Aspekt ein vormals breit gedachtes Konzept aus. Letztlich käme es auf die *Netzbalance* an, um die Stabilität eines Systems in Hinsicht der Unterstützung bewerten zu können. (Vgl. A, S. 169) Eastons Ansatz gewinnt aber einen anderen Klang, wenn man die Kohäsionskräfte einer Gesellschaft nur auf die Einheitlichkeit eines Militärkaders bezieht. Bang (1981, S. 12) lehnt dagegen jeden Elitismusverdacht Easton kategorisch ab, verfolge dieser

3.1 Die politische Gemeinschaft – Vom Ko, den Teilen und dem Ganzen

Die politische Gemeinschaft markiert eine Teilung des politischen Systems im doppelten Sinne. Zum einen hebt die politische Gemeinschaft auf eine kooperative Teilhabe und -nahme an einem gemeinsamen Ganzen ab, also die Verbindung an, in und über einem gemeinsamen politischen Unternehmen. Zum anderen zielt die Teilung auf eine *Auf- wie Einteilung*, der Zuweisung der Autorität, der Macht und der Verantwortung wie Verantwortlichkeit an einen bestimmten Kreis von Personen, an bestimmte Institutionen, Verfahren, Ämter und Funktionen. Beide Aspekte stehen in einem konstitutiven Zusammenhang, ist die Kooperation des Ganzen doch an die Einteilung gebunden wie die Teile an ihren Bezug zum Ganzen.⁷⁰

Mit der politischen Gemeinschaft beabsichtigt Easton die Einholung einer basalen *Zustimmung* zur politischen Einheit und dessen institutionalisierter Grundstruktur. Gleichwohl hebt er die politische Gemeinschaft dezidiert von einem Modell sozialer Gemeinschaft (*social community*) ab: Diese bezeichnet ein anspruchsvolles Modell der Assoziation, wie wir es im Ko-Kapitel vorgestellt haben, wogegen Easton die politische Gemeinschaft auf ihre Stellung im politischen System reduziert.⁷¹ Der politischen Gemeinschaft ist ein simultaner Entzug und Bezug auf die souveräne Setzung der geteilten politischen Ordnung eigen: *Unterstützung* setzt die Ordnung zum einen dem *Willen* der Mitglieder aus, ihrer Akzeptanz und ihrer Zustimmung gegenüber dem Projekt, der Einheit und der Kooperation. Zum anderen nimmt *Unterstützung* keine souveräne Aneignung in Anspruch, kein Potential der Gründung, sondern zeichnet sich durch eine passive *Annahme* aus. Die Unklarheit lässt sich anhand eines Schwankens zwischen Zustimmung und Zulassen im Sinne zu unterscheidender intentionaler Ausweise verdeutlichen: Bedarf die Unterstützung der politischen Gemeinschaft einen bewussten Willen und Absicht, oder reicht die Akzeptanz der Strukturen und Kontexte hin, ein Zulassen der Einbindung, ein ausbleibender Widerstand und Widerwillen gegen das gemeinsame Projekt oder dessen Umsetzung? Mit der Annahme *eines* politischen Willens der Gemeinschaft stellt sich wiederum die Frage dessen Ursprungs. In beiden Fällen verlangt die politische Gemeinschaft nach ungeteilter Bejahung, nach *Übereinstimmung*,

doch einen demokratischen Anspruch. Natürlich ist Easton als Person und Aspekten seiner Konzeption dieses Ideal nicht abzusprechen, er konterkariert dieses aber infolge einer funktionalen Limitierung des politischen Zugangs. Waschkuhn sieht Eastons Elitenbezug einer zeitgenössischen Geisteshaltung geschuldet und er »würde heute relativiert und durch eine deutlichere zivilgesellschaftliche Komponente [...] ergänzt werden.« (DE, S. 256) Waschkuhns These bleibt reine Spekulation: Die Differenzierung, Partikularisierung, Individualisierung usw. der Moderne kann auch zu einer Betonung des Management-Aspekts und einer Einschränkung demokratischer Beteiligungschancen führen. Gerade vor dem Hintergrund der Systempersistenz wäre eine solche Fokussierung plausibel. Luhmanns (2000) oder Willkes (2014) systemtheoretische Versuche über die Demokratie verweisen jedenfalls nicht in eine etwaige deliberative Richtung. (Siehe zu Luhmann auch Hellmann/Schmalz-Bruns 2002 und Neves/Voigt 2007) Die soziologische Typisierung von Eliten in Macht-, Funktions- und unter anderem Leistungseliten sei hier nur als Hinweis genannt.

70 Wie wir sehen werden, liegt auch dem Denken Leforts die Notwendigkeit der Teilung zu Grunde.
 71 So befragt Easton die Kultur nicht nach ihrem konstitutiven Potential kollektiver politischer und sozialer Identität, vielmehr stehen die Ausdrücke und das Verhalten in seinem Fokus, die in einem kulturellen Kontext auf solidarische Bezüge verweisen.

entweder in Hinsicht des Willens (der Setzung) selbst oder der Eingelassenheit (der Ausgesetztheit). Mit anderen Worten verlangt die politische Gemeinschaft nach Identität und Integrität, sie betont das *Eine* entgegen dem zerfallenen *Vielen* wie sie das Ungeteilte des gemeinsamen Grundes, das konstitutiv Unbestreitbare und notwendig Streitlose markiert. Auch wenn Easton keineswegs die Veränderbarkeit der politischen Gemeinschaft und ihrer Implikationen ausschließt, so kann doch keine politische Auseinandersetzung *in* ihr, *über* sie und *über* ihr, stattfinden. Die Gemeinschaft und ihr System bleiben notwendig deckungsgleich, so auch die Einheit eines gemeinsamen politischen Raumes. Anzumerken ist noch, dass das Konzept der Gemeinschaft sich prinzipiell den Exklusionsmechanismen verweigert, wie sie Easton mit der Relevanz und funktionalen Effizienz der *Konversion* einführt: Die Zustimmung, auch die zur Division und Distinktion, umfasst alle Mitglieder der Kooperationsgemeinschaft und kann qua Ungeteiltheit weder Personen noch Gruppen exkludieren.⁷² Just an dieser Stelle wird die Machtzuteilung durch Anbindung an einen souveränen Willen des Ganzen und aller Mitglieder legitimiert und autorisiert. Die Formung des Ganzen, die Bildung einer Einheit und seine grundsätzliche Teilung (im Sinne der Kooperation und der Division) steht somit in konstitutiven Bezug zum *Einen* wie zum *Einigen*.

*

Die Absicht Eastons ist es, mit der politischen Gemeinschaft eine Systemebene zu fassen, die eine grundlegende *affektive Solidarität* zwischen dem politischen System und einem kooperierenden Kollektiv kennzeichnet und eine Unterstützung auf grundlegender Ebene abzubilden vermag.⁷³ Zweckdienlich sei es indessen, zwischen zwei Aspekten der politischen Gemeinschaft zu trennen: So solle der Bezug zur geteilten Institutionalisierung von der *Empfindung* des Gemeinsamen abgesetzt werden. (Vgl. A, S. 176) Für die erste Hinsicht reserviert Easton die Bezeichnung politische Gemeinschaft², die zweite Hinsicht betitelt er hingegen als *sense of community*. Beide Komponenten markieren zum einen unterschiedliche Einheitsstiftungen, zum anderen kommt ihnen in Eastons Verständnis keine gleichrangige Position zu, vielmehr ist die politische Gemeinschaft² das Kernelement und der *sense* nur ein nachgeordnetes Phänomen, das selbst kein essentieller Bestandteil der Gemeinschaft ist, sondern eher ein Indikator der Unterstützung der

72 »To avoid any ambiguity as to who is or is not a part of this division of labor, each system provides criteria of membership through territorial presence, legal definition, blood, subjection, kinship, or this like.« (A, S. 179) Die Ausschlusskriterien beziehen sich auf die Arbeitsteilung, nicht auf die Konstitution der politischen Gemeinschaft. Die zweifache Teilung selbst verschränkt das Ganze mit einer Trennung von Funktionen, Bevollmächtigungen und Bereichen. Die Arbeitsteilung führt notwendig zu einer Exklusivität (von Positionen, Strukturen u.a.), dennoch bleibt sie auf die der Einteilung vorausliegende Einheit verwiesen.

73 Zudem will er sich von anderen Verwendungsweisen der politischen Gemeinschaft absetzen – namentlich Deutsch und Haas –, weil diese das politische System mit der Gemeinschaft zusammenfallen ließen. Easton hingegen will die politische Gemeinschaft als ein Objekt des politischen Systems, welches eben nur einen Teilaspekt abdecke, verstanden wissen.

politischen Gemeinschaft⁷⁴ (Vgl. A, S. 177) Das Objekt der politischen Gemeinschaft² eröffne einen Zugang zur Grundlage und Möglichkeit der Akzeptanz politisch verbindlicher Entscheidungen, indem es auf die Bereitschaft und Befähigung zur Kooperation aufgrund und mit den Ziel der Lösung politischer Probleme abstellt.⁷⁵ (Vgl. A, S. 172) Der *sense* hingegen betont einen der Kooperation vorausgehenden und diese gleichsam begründenden *kohäsiven Zement*, einen gemeinsamen Bezug, der sich selbst übersteige.⁷⁶ (Vgl. A, S. 176) Ob sich diese Verbindung nun über kommunikative Prozesse, kulturelle Kontexte oder eine Loyalität gegenüber gemeinsamen politischen Institutionen ergibt, ist für Easton zweitrangig, da alle eine *affektive Solidarität* mit Bezug auf das politische System ausbilden würden. Weil für ihn nicht die Einheits- oder Gemeinschaftsstiftung im Fokus steht, sondern der Bezug zum System, kann er die konstitutive Abhängigkeit der Funktion von einem vorlaufenden *Einen* zugunsten eines abgeschwächten, bzw. eingeführten, *sense*-Begriffs inklusive dessen Einschränkung auf funktionale Aspekte ausblenden.

Mit der politischen Gemeinschaft² stellt Easton ab auf die Integration über eine kooperative Intention sowie die Integrationswirkung und Vereinheitlichung geteilter Einlassung/Eingelassenheit in gemeinsame Institutionen und Strukturen, der kollektiven Teilhabe und -nahme an politischen (Entscheidungs-)Prozessen. Einerseits betont Easton den Aspekt der souveränen Stiftung gemeinsamer Bezüge, andererseits geht es ihm um die Kohäsion von Kontexten, die sich in einer Ordnung der mannigfaltigen Pluralität individueller Verhältnisse einer Gesellschaft ausbilden. Unterstützung meint hier die Bereitschaft, für die Strukturen dieser gemeinschaftsverbindlichen und -verbindenden Entscheidungsfindung einzustehen oder sie zumindest zu billigen, wobei sich die Teilhabe ebenso in einer umfassenden Partizipation wie in einer absoluten Hörigkeit ausgestalten könne, solange ein affirmativer Bezug zum System bestehe.⁷⁷ (Vgl. A, S. 178) Zudem müsse sich der Einzelne in den politischen Strukturen, in denen er eingebunden ist, verorten können, also sich und dem Ganzen sowie sich *in* dem Ganzen einen Sinn und eine Position zuweisen. Die kollektive Bindung ergebe sich aus der Erfahrung, Teil eines sinnvollen Ganzen zu sein. Die Grenze des politischen Systems und der politischen Gemeinschaft bildet die jeweilige Geltung der Verbindlichkeit von Entscheidun-

74 Easton (A, S. 183) greift zwar die klassische soziologische Trennung in Gesellschaft und Gemeinschaft auf, beharrt aber gleichsam auf dem Profil seines Konzeptes der politischen Gemeinschaft. In soziologischer Hinsicht meine Gemeinschaft die Wahrnehmung der Zusammengehörigkeit und Verbundenheit, die sich in geteilten Gefühlen, Werten, Wissen und kulturellen Symbolen durch ein Abstellen auf solidarische Bezüge darstellt.

75 An diesem Punkt stehen wir wieder vor dem Problem der ungenauen Fassung des Mitgliederbegriffs. Da er sie von den Autoritäten bzw. deren Bindungskraft abgrenzt, liegt es nahe, er meine die generellen Mitglieder. Dagegen spricht wieder, dass er sich hier auf Minimalforderungen bezieht, und es im Ansatz Eastons keinen Sinn macht, auf eine Zubilligung Seitens der generellen Mitglieder zu bestehen. Andererseits wäre die Aussage trivial, wenn sie nur wäre, dass die Autoritäten ein Mindestmaß an Kooperationswillen aufweisen sollten, wenn sie bindende Entscheidungen treffen wollen.

76 Der *sense* verweist auf eine Emergenz: Das Ganze umfasst mehr als die Addition der Teile.

77 Anzumerken ist zudem, dass Easton die Gemeinschaft der Vereinzelung nachordnet. Es geht ihm um das Phänomen, wie Einzelne oder Gruppen zu einer politischen Einheit verschmelzen, schwächer: eine Verbindung eingehen (*coalesce*).

gen, gleichwohl sich politische Systeme überschneiden und es ein Geflecht von Supra- und Subsystemen gebe. Jede dieser Einheiten zeichnet sich durch andere Grade an Kohäsion und Entscheidungsbefugnis aus. (Vgl. A, S. 182) Menschen seien fähig, mehrere politische Identitäten und Kooperationsverhältnisse aufzubauen und abzugrenzen.⁷⁸

Das Geteilte der Gemeinschaft könne nicht auf eine kulturelle oder eine gewachsene Homogenität zurückverweisen, vielmehr erlaube die Pluralität und Heterogenität der Gesellschaft wie ihrer Teilnehmer allenfalls eine Integration über institutionelle Bande eines geteilten politischen Systems, wie die Habsburgermonarchie gezeigt hätte.⁷⁹ Das *Viele*, dem keine Herkunft mehr gemeinsam ist, weder eine Geschichte noch Kultur, hebe sich in einer genuinen politischen Institutionalisierung auf, deren konsensuale Akzeptanz über den Differenzen stehe. Easton zieht die politische Gemeinschaft demnach einmal in die Politik, just als Entscheidung und Bestimmung der Kooperation, zum anderen entzieht er sie dieser, dem Antagonismus und der willentlichen Setzung. Die Gemeinschaft sei tiefster Ausdruck des politischen Willens, gleichsam reduziert sich der Zugang auf das Geben oder Entziehen von Zustimmung/Akzeptanz. Wenn Easton die Kooperationsgemeinschaft im Sinne einer aufgehobenen sozialer Konfliktfähigkeit und Heterogenität verstehen will, so verlangt dies nach einer Entpolitisierung der Gemeinschaft und der Bestimmung ihrer Teilung. Wenn diese Ordnung fraglich und sich ihrer Kontingenz bewusst wird, dann verschwindet ihr Potential zur Beruhigung politischer und sozialer Antagonismen: Im Moment der Politisierung und der konstitutiven Bindung an einen politischen Willen geht das Gemeinschaftliche und Eintrachtliche verloren. Im Gegenzug höhlt eine Charakterisierung als entpolitisierte, konflikt- wie entscheidungsfreie Instanz die kooperativen Bindungspotentiale aus: Der zweifachen Teilung ginge so die Verbindung mit dem setzenden Willen verloren und würde nunmehr als äußere Struktur erfahren werden, der die Einzelnen *ausgesetzt* sind. Easton changiert demnach zwischen einem konstitutiven Bezug und einer verobjektivierenden Distanzierung.

Die Frage ist, wie eng sich der Sinn der Arbeitsteilung mit Konversions- und Responsivitätserwartungen verknüpft, das *Wir* mit der *Performanz* des Systems und der Umsetzung des Willens.⁸⁰ Die Eingebundenheit in gemeinsame politische Strukturen könne unabhängig von der Voraussetzung eines Gemeinschaftssinnes das politische System stabilisieren. Letzterer meine nicht das Objekt als solches, sondern Gefühle *gegenseitiger*

78 Ein Bürger der Bundesrepublik ist, wenn wir nur die offenkundigsten politischen Ebenen einbeziehen, auf kommunaler und föderaler Ebene Mitglieder einer politischen Gemeinschaft, auch im Bund sowie in der EU und der NATO. Letztere ist nach Easton auch ein Beispiel eines internationalen politischen Systems, wobei dies eines eigenen Ausweises entsprechend der Konzeption politischer Gemeinschaft bedürfte.

79 Mag die strukturelle Verknüpfung unbestreitbar sein, bleibt dennoch die Frage der Qualität und die der Beziehung zwischen Kaiser-Untereinheiten-Bevölkerung(en). Easton müsste annehmen, dass sich Ungarn und Österreicher differenzlos als Untertanen des Kaisers verstünden und so eine Verbindung entstehe, die sich qua kaiserlicher Souveränität bilde und den Polyzentrismus des Vielvölkerstaates aufhebe.

80 Wenn wir den Gedanken einführen, dass die Welterfahrung nicht objektiv, also über soziale, politische und kulturelle Einbindung und Prozesse beeinflusst wird, ist es die Frage, ob sich Performanz über materielle Konversionsprozesse oder ideologische Steuerungen bemisst.

Identifikation, die mit der sozialen Koexistenz einhergingen. Zentral sei die Abhängigkeit des Gemeinschaftssinns von der politischen Gemeinschaft²: Die Arbeitsteilung sei unabhängig von der Entstehung eines *Sinnes der Gemeinschaft*, sie könnte auch ohne diesen bestehen. (Vgl. A, S. 184 und S. 186f.) Easton gesteht dem *Sinn* nur zu, auf Grade des Zusammenhalts und der Solidarität hinzuweisen, die letztlich wiederum auf die Unterstützung der Arbeitsteilung abstellten. Ein erweitertes Verständnis des *Kommunen*, wie wir es oben in der Diskussion des *Ko* ausführten, zielt nach Easton auf die *social community*, dem aber gleichsam der enge Konnex mit dem System fehlten.

Der Gemeinschaftssinn kann wiederum hinsichtlich zweier Modi unterschieden werden, obgleich die Differenz eher als graduelle denn als existentielle zu verstehen ist und auf unterschiedliche Schwerpunkte zurückzuführen ist.⁸¹ Dem *schwachen Gemeinschaftssinn*, der sich qua Arbeitsteilung selbst ergibt, steht ein *Wir-Gefühl* gegenüber, welches gleichsam anspruchsvoller ist. Beiden Typen ist die Bildung kohäsiver, solidarischer und loyaler Bezüge gemein, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen: Das *Wir-Gefühl* bezeichne zunächst eine wahrgenommene Zusammengehörigkeit, ein gemeinsames Schicksal und die Teilhabe an einer *gemeinsamen politischen Einheit*. (Vgl. A, S. 185) Die Kohäsion des *schwachen Gemeinschaftssinns* reduziert sich auf die beiläufigen integrativen Effekte, die sich quasi automatisch in existenten politischen Strukturen ergeben. In der kooperativen Existenz in und durch gemeinsame politische Strukturen bilde sich ein minimales Potential affektiven Bezugs, das Easton als *sense of political community* (ebd.) bezeichnet. Die kohäsiven Potentiale des *Gemeinschaftssinns* beschränken sich auf Effekte des politischen Systems und bleiben auf dieses bezogen. Die *Wir-Identität* indessen geht über den funktionalen Aspekt hinaus und entnimmt der Kooperation selbst integrative Potentiale. Die sinnhafte Selbstverortung in einem gemeinsamen politischen Projekt vermag dabei andere Kontexte zu stiften als die Einbindung in gemeinsamen Institutionen. Im Gegensatz zum systemorientierten Minimalmodell scheint die *Wir-Identität* eher in der Lage, die zweifache Teilung einzuholen.

Easton argumentiert dagegen für den Vorrang des *schwachen Gemeinschaftssinns*, da nach ihm die Persistenz politischer Systeme nicht von dem *Wir-Gefühl* abhängig ist. Es sei durchaus vorstellbar, dass für bestimmte Phasen angenommen werden kann, der Sinn der politischen Gemeinschaft wäre schwach oder nicht vorhanden, und das politische System würde weiter bestehen. Den produktiven Gewinn solcher Extremannahmen zu bewerten bleibt schwierig: Ob aus einer kurzzeitigen Abwesenheit eine essentielle Unabhängigkeit gefolgert werden kann, ist fraglich.⁸² Wenn Easton das politische System als Organismus denkt, mit Puffern, Reservoirs und Ausgleichsbewegungen, dann schließt diese dualistische Polarisierung in existentiell notwendig und nicht-notwendig schlechterdings aus. Um ein Beispiel zu bemühen: Der Herzschlag des Menschen kann

81 Westle verweist auf eine konzeptionelle Unklarheit: »Einerseits wird politischer Gemeinschaftssinn als Dimension der politischen Gemeinschaft, also als Objekt, bezeichnet und andererseits als Maß für die Unterstützung der politischen Gemeinschaft, also als Art der Unterstützung.« (PL, S. 55)

82 Auf einen anderen Punkt in diesem Zusammenhang verweist Narr: »Solange die unqualifizierte Existenzhaltung des Systems selber im Mittelpunkt der Analyse steht, die Entscheidungen somit immer den Charakter von Lebensentscheidungen erhalten, können sie in ihrer Rationalität gar nicht fraglich werden.« (TS, S. 178)

aussetzten, ohne dass, sofern er nach einer gewissen Zeit wieder einsetzt, dem Organismus daraus Schäden entstünden. Eastons Argumentation zufolge wäre der Schluss zu ziehen, dass der Herzschlag somit nicht notwendig für das Überleben ist. Instruktiv ist Eastons Verweis auf die notwendige zeitliche Begrenztheit der Abwesenheit, wodurch eben doch eine Abhängigkeit eingeführt wird, die sich allerdings nicht direkt zeitigt. Easton hintertreibt hierbei seine eigentliche Absicht des Ausweises der Systempersistenz zum Zwecke einer analytischen Handhabbarkeit. Die Beschränkung auf den *schwachen Gemeinschaftssinn* kann sich in Hinsicht der Systempersistenz letztlich nicht begründen.⁸³ Daneben muss der Automatismus des Bezugs geteilter politischer Strukturen und einer affektiven Verbindung zumindest hinterfragt werden. Dieser Zweifel schließt an die unüberschaubare Vielfalt an politischen Entscheidungssphären an, in die die Individuen eingelassen sind. Diese Sphären stehen nicht trennscharf nebeneinander und die Rollen werden nicht eindeutig voneinander geschieden, vielmehr überlappen sich die Bereiche, es bestehen mehrere Bezüge zugleich.⁸⁴ Simultan bestehen verschiedenste Sphären multipler Ordnungen und Modi, eine eindeutige Zuweisung scheint infolge der diffusen Pluralität sozialer Relationen kaum möglich.

Easton beabsichtigt, die politische Gemeinschaft als *brauchbares* Objekt einer Analyse des politischen Systems zu entwickeln. Zu diesem Zweck bindet er die integrativen Potentiale eng an eine Funktion im politischen System: Die politische Gemeinschaft beschränkt er mithin auf die affektiven Effekte der Teilung gemeinsamer Strukturen, den Gemeinschaftssinn auf seine Funktion eines abfedernden Puffers bei Systemstress. (Vgl. A, S. 187) Beide Komponenten grenzt er gegen anspruchsvollere, zumindest die reine Systemlogik übersteigende Versionen ab. So stiftete sich das *Ko* über einen Willen und die Praxis der Kooperation, die Teilhabe an einem gemeinsamen Unternehmen, einem politischen Projekt. Die *Wir-Identität* als ambitionierter Gemeinschaftssinn entspricht dieser Grundlegung der Kooperation in einem Horizont der Partizipation: Das gemeinsame Projekt und die eigene Position in ihm muss als sinnhaft erfahren werden, zwischen den Beteiligten bedarf es solidarischer Bande sowie einer Einsicht in die gemeinsame Bezogenheit und Teilhabe. Easton changiert zwischen einem systemfunktionalen Fokus und einer Anbindung der politischen Ordnung an den politischen Willen seiner Mitglieder. In der einen Hinsicht geht es um die Imperative und Bedingungen der Systemlogik, die andere Hinsicht verweist auf den Ursprung politischer Ordnung in einer souveränen Setzung oder eines gegebenen Kontextes. Die Unterstützung der politischen Gemeinschaft steht zwischen diesen Horizonten, soll sie doch einerseits als ein Analyseobjekt dienen, andererseits eine grundlegende Ebene sozialen und politischen Miteinanders einholen. Eine Spannung entsteht just dann, wenn Easton die Gemeinschaft zu-

83 Wenn wir in Eastons Zugang bleiben, scheint es auch fraglich, ob keine Situation *denkbar* ist, in der das System trotz Wegfall des schwachen Gemeinschaftssinns weiterbesteht. Seine Annahme, auf die *Wir-Identität* verzichten zu können, verlangt eine existentielle Distinktion beider Gemeinschaftssinne, wogegen wir argumentierten, dass ihre Unterscheidung nur eine graduelle ist. Eine Argumentation, die einen Typ als konstitutiv, den anderen als irrelevant bestimmt, und das Kriterium hierfür in der Unterschiedlichkeit der Typen verortet, verdeckt den relevanten wechselseitigen Einfluss und suggeriert stattdessen die Möglichkeit einer kategorischen Distinktion.

84 Wer stiftet die Grenzen der Geltung: Die Autoritäten oder die Autorisierenden? Wer und wie bestimmt sich der systemische Bezug, in dem politische Akteure stehen?

gleich politisiert und entpolitisiert, sie an einen Willen und eine Kooperation bindet und sie simultan als äußeren Einfluss des Systemprozesses versteht.

3.2 Das Regime – Die Geltung der Regeln und die Regeln der Geltung

Das Regime hebt als Objekt der Unterstützung auf die institutionelle Ordnung eines politischen Systems, dessen normative Prinzipien und die Regularien der verbindlichen Entscheidungsbildung ab.⁸⁵ (Vgl. A, S. 190f.) Die Regimeebene könne in drei Komponenten unterteilt werden: Sie setze sich aus einer allgemeinen Erwartungshaltung gegenüber der täglichen Politik, den Prozeduren der *demand*-Eingabe und den Rollen politischer Funktionsträger zusammen.⁸⁶ (Vgl. A, S. 192) Die Fixierungen sind weder final noch allumfassend, vor allem an den Rändern seien sie ungenau und ließen Systemveränderung zu. (Vgl. A, S. 193) Neben der Verbindlichkeit ihrer Entscheidung verlangen die Regeln selbst ebenso nach Autorität: Ohne diese Auszeichnung würden sie selbst zum Streitobjekt und zum Faktor von Stress, weil dieser Konflikt dann außerhalb einer Ordnung wäre. Wenn die Regeln selbst hinterfragt würden, müsste sich das Hinterfragen, will es konstitutiv sein, erst selbst wieder institutionalisieren. Die Akzeptanz der Entscheidungsfindungsprozeduren ist somit für das politische System und den Konversionsprozess ebenso substantiell wie die Komplexitätsreduktion. Schon ein Minimum an Zustimmung reiche aus, die Konversion auch kontroverser Themen zu ermöglichen.⁸⁷ (Vgl. A, S. 195) Gleichzeitig übertrage sich die Akzeptanz des institutionellen Arrangements auf die Filterfunktion der Eingabe: Die Verknappung der Mitwirkungschancen könne über die Unterstützung der Regimeprozeduren abgedeckt werden.

Die dem Regime entgegengebrachte Unterstützung bezieht sich zunächst auf die grundlegenden strukturellen Normen politischer Verfahren und Normen, sie bildet sich einerseits über die materielle Konversion, andererseits über die Erfüllung der Erwartungshaltung. Letztere wiederum verweise auf ein geteiltes Wertfundament, das sich über kulturelle Kontexte stifte, wobei sich die Einvernahme nur im Vagen bilden könne,

85 Eine strikte Trennung zwischen den Objekten der Unterstützung scheint dabei schwierig: Die Autoritäten sind kaum von den Strukturen zu trennen, in denen sie ihre Entscheidungen treffen. Auch die enge Verbindung der politischen Gemeinschaft und des Regimes ist offenkundig, wie sich bei Eastons weiteren Ausführungen zu den Werten zeigt: »*Every regime consists, in part, of a broadly defined underlying set of political values and principles, articulated or implicit, which impose constraints on the purposes for which the energies and resources of the system may be committed.*« (A, S. 194) Einerseits ist eine politische Arbeitsteilung insoweit reflexiv, als dass sie das *Wie* der Teilung miteinbezieht. Letztlich ist damit das Regime angesprochen, wobei sich dann die Werte und Normen eines Bezuges zur Gemeinschaft nicht entheben können. Andererseits ist eben auch die Zielrichtung, Easton nannte es ein geteiltes politisches Schicksal, beiden Objekten gemein.

86 Die Systemstabilität setzt zunächst nur voraus, dass *relevante* Akteure beachtet werden, der Rest ist irrelevant. Die Anbindung an Erwartungshaltungen fällt aus der ansonsten funktionalen Orientierung des Ansatzes heraus, dem es eher um Effizienz- oder Effektivitätsmaßstäben bestellt ist als um Legitimitäts- und Billigkeitsannahmen.

87 Ein anderer Aspekt ist der Hinweis auf die Notwendigkeit von systeminternen Alternativen, also Regierung und Opposition. Easton kauft damit Systemstress ein, auch wenn er zwischen den Gegnern eine gewisse Kooperation erwartet. Ob sich so die Responsivität erhöht, ist eine andere Frage.

nicht im Konkreten.⁸⁸ Auch wenn also weder von einer Homogenität noch einer Eindeutigkeit ausgegangen werden kann, so seien dennoch bestimmte Werte für die Praxen, Normen und Strukturen einer Gesellschaften dominant und konstitutiv.⁸⁹ »In this way, they provide a minimal, relatively stable context for a membership within which all political life may be pursued. To that extent it frees the interest and energies of the politically relevant members for attention to the ongoing daily tasks involved in converting wants to binding outputs.« (A, S. 200) Diese entlastende Vorstrukturierung der Erwartungshaltung steht außerhalb des politischen Systems, es ist losgelöst von performativen Aspekten und scheint somit in Eastons Kategorien eher auf die *social community* als auf die *political community* zu verweisen.⁹⁰ Es geht hier nicht um die Konversion, sondern um Ansprüche und Standards politischen Verhaltens, die sich über kulturelle Kontexte formieren. Eastons Versuch, die Einheitlichkeit dieser rahmenden Strukturierung politischen Handelns abzumildern, indem er zum Einen auf die Uneindeutigkeit, zum Anderen auf die bleibende Kontroversität hinweist, hat einen zentralen Makel: Auch wenn er die Geltung des kulturellen Kontextes des Regimes nicht als homogene, sondern als *dominante* Struktur versteht, kommt er nicht umhin, gerade diese Wirkung und mithin die Anerkennung des Kontextes als notwendig *Unverfügbare* zu bestimmen, würde er sich doch ansonsten auf der basalen Ebene des Regimes unregulierte Konflikte einkaufen. Auch wenn die Dominanz zurecht auf die Kontingenz des Regimes und seiner Ordnung hinweist, bleibt dennoch die *Übereinstimmung* konstitutiv. Eastons Absicht, eine anspruchsvolle *Konsenserwartung* zu vermeiden, scheitert an der Fundamentalität der Ebene, die er beschreibt, eben weil diese selbst sich dem Konflikt entzieht. Dem *Grund* des Gemeinsamen bleiben an seinem Ursprung eine Einheit und *Übereinstimmung* eingeschrieben. Auch wenn Easton durchaus der Pluralität und Kontroversität des Sozialen Rechnung trägt, bleibt dies einer integralen Einheitsstiftung nachgeordnet. Ob dieser *Konsens* nun den Ursprung verbürgt oder verbirgt, mithin ein grundsätzlich Gemeinsames bekundet oder just das *Fehlen* des *Einen* kaschiert, bleibt eine offene Frage, deren Relevanz uns im Verlauf dieser Arbeit noch mehrfach begegnen wird.

88 Easton hält die Plausibilität eines *Wertekonsenses* (*value consensus*), also der Möglichkeit einer breiten Zustimmung zu Werten, für unwahrscheinlich: Selbst in kleinen Organisationen sei eine gemeinsame Wertbasis kaum anzutreffen und schon gar nicht bei größeren Einheiten. Es gäbe maximal ideologische Großbegrifflichkeiten, die Seitens einer großen Gruppe Unterstützung erzeugen könnten, in der Interpretation würden diese aber auseinanderfallen. An späterer Stelle wird Easton den kulturellen Normen und Werten eine fundamentale Bedeutung für die Autoritäten und das Regime zuerkennen: Diese könnten nur in kulturell geprägten Sinnbezügen und Wertvorstellungen ihre Funktion erfüllen. Die Einheitsstiftung und der sich entziehende Charakter der Werte stehen in einer gewissen Spannung zueinander, das eine begründet, das andere weicht auf. Eine andere Frage wäre, ob in pluralistischen Zeiten der kulturelle Werthintergrund noch als stabilisierendes Moment begriffen werden kann.

89 Dominante Werte können auch uneindeutig und unbewusst sein, wichtig ist, dass die relevanten und effektiven Mitglieder sie ausdrücken und umsetzen, und die anderen Mitglieder sie zumindest passiv erdulden. Werte sichern die Fundamente durch ihre positive Aufnahme seitens weniger Wichtiger, ob der Rest die Bewertung mitträgt, wird erst unter dem Druck einer Krise wichtig. (Vgl. A, S. 198f.)

90 Die gemeinsamen Kontexte sollten schon die zweifache Teilung der politischen Gemeinschaft prägen.

Die zweite Komponente zielt auf die funktionale Integration und bezieht sich auf die Spiel- und Verhaltensregeln, welche über die Normierung der Möglichkeiten und Grenzen politischer Artikulation politische Praxis koordinieren. (Vgl. ebd.) Dieses Reglement ist nicht nur in Hinsicht der an die politischen Akteure gerichteten Erwartungen relevant, sondern ebenso ist es konstitutiv für das Funktionieren des politischen Systems, für das Handeln der Akteure sowie den Umsetzungsprozess selbst. In einem minimalen Ausmaß sollte dieser Rahmen also stabil sein, um die Systemfunktionalität und damit die Systempersistenz zu gewährleisten.⁹¹

Neben den Normen und den institutionellen Arrangements bilden Rollen die dritte Komponente, wobei sie die Objektebene des Regimes mit der der Autoritäten verbinden, bilden sie doch in struktureller Hinsicht einen Teil des einen, in personeller Hinsicht einen Teil des anderen.⁹² Aus zwei Gründen ergibt sich die Notwendigkeit der Bestimmung eines bestimmten Personenkreises, der autorisiert ist, die öffentlichen Belange wahrzunehmen und Entscheidungen zu treffen: Der Teilung der kooperierenden Gemeinschaft steht die funktionale Notwendigkeit politischer Arbeitsteilung gegenüber. (Vgl. A, S. 205) Auch wenn beide Hinsichten auf Auswahl und Limitierung abstellen, begründen und gestalten sie diese doch entsprechend divergenter Prinzipien und Imperative. Verbleibt die eine wie ihre Teilung in einem konstitutiven Zusammenhang mit dem Ganzen der politischen Gemeinschaft, in einem notwendigen Bezug zu *allen* Mitgliedern, so teilt die andere diese Relation nicht, vielmehr steht in ihrem Zentrum die Performanz, deren Limitierung des Zugangs nicht mehr an ein vorgängiges Ganzes gebunden ist, sondern an eine bestimmte Funktion.⁹³ Easton konzentriert sich auf den funktionalen Aspekt, konzipiert er diese *Regime*komponente doch in Bezug auf die Effizienz der Arbeitsteilung, die nur durch *organizational concentration of power* und eine Spezialisierung umsetzbar sei. Daneben dienen die Rollen auch der Strukturierung des Systemeingangs und dem Abbau dessen Komplexität und Konfliktpotential sowie der Einleitung der Umsetzung. (Vgl. A, S. 206)

91 Zwischen Werten und Normen bestehen allerdings Unterschiede: »*In the case of norms we are faced with a situation somewhat different from that of values. Values limit the range of alternative goals that a system might pursue or even norms to which it might adhere. The limit is important, even if it is broad and ill-defined. [...] The formal norms, as prescriptions of what ought to be, either serve to limit the range of variations possible in the effective norms or may possible, at some future time, act as a sanction or a kind of leverage to force practice into conformity with ideals. [...] They [the effective norms – TB] provide one of the conditions necessary for a system to convert demands into binding outputs. [...] In other words, for any system to persist at all, the politically relevant members, or at least a significant proportion of them, would have to support some set of ground rules.*« (A, S. 204) Der Anteil könne sich allerdings nicht nach Prozenten berechnen lassen, das würde eine gleiche Machtverteilung bei den relevanten Mitgliedern voraussetzen. Also muss es *relevante relevante* Mitglieder geben, die im Prinzip die eigentlich relevanten sind. Und diese *relevanten relevanten* Mitglieder müssen nun einige von diesem Normen unterstützen.

92 Es gibt auch wichtige politische Rollen, die nicht Teil der Autorität seien: So zum Beispiel einflussreiche Rollenträger losgelöst von der Regimeebene. Meinungsführer und Interessengruppen sind hierbei Eastons Beispiele. Die Frage wäre dann, wie sich diese in das System einbetten lassen.

93 Das System ist immer geteilt: Die politische Gemeinschaft verweist auf ein *Eines*, welches der Trennung und der Einsetzung des Systems vorangeht.

Es gilt, die Zuschreibung der Autorität von deren Selbstaussweisen zu trennen, ein externes Attribut von einer immanenten Geltungsbehauptung: Auch wenn beide Zugänge für Easton relevant sind und sie sich verschränken, bleiben sie divergent. Die immanente Geltungsbeanspruchung der Autorität muss *absolut* sein, sie muss notwendig einen unbedingten Gehorsam annehmen – schon ein Einfordern würde eine Alternativität zugestehen, die die autoritäre Geltung hintertreiben würde.⁹⁴ Diese Zuerkennung, die die Praxen der Rollenträger qua Kompetenz- und Befugniszusprechung fundiert, lässt sich in Hinsicht der Einschreibungen zweier ambivalenter Quellen unterscheiden: Einerseits verweist Autorität auf eine selbstbeglaubigende Geltung, die sich über die Teilung der politischen Gemeinschaft herleitet, andererseits verweist sie auf die notwendige Einholung funktionaler Imperative und Mechanismen im Kontext der Performanz.⁹⁵ Obgleich beide Aspekte nah beieinander liegen, trennen sie doch ihr Verhältnis zum System: Geht der eine dem System zuvor und hebt auf ein Eines und Ganzes, ab, das die Autorität über eine souveräne Setzung installiert, bleibt der andere in der Systemfunktion und seinen Imperativen verortet. Einerseits entzieht sich somit die Autorität einer Verfügbarkeit und Gestaltung (hinsichtlich der politischen Gemeinschaft), andererseits steht sie zwischen einer ausgezeichneten Ordnung (der politischen Gemeinschaft und des Regimes) und einem performativen Erfolg, zu denen sie simultan in Abhängigkeit und Distanz steht. Mit letzterem ist gemeint, dass die funktional-verortete Rollenautorität sich weder direkt über die souveräne Einteilung der kooperativen Gemeinschaft zu begründen vermag noch über eine performative Qualität der Ausgabe: Eben weil diese Autorität auf das Gelingen der Verfahren zur Selbstrechtfertigung verweisen muss, bleibt sie zwischen den beiden Ausweisen, gleichsam auf diese bezogen und distanziert.⁹⁶ Der Zweck der

94 »Authority is a special power relationship based on expectation that if S sends a message to B – which may be called a wish, suggestion, regulation, law, command, order, or the like – B will adopt it as the premise of his own behavior.« (A, S. 207) Die Rechtfertigung der Geltung liegt allein beim Sender, der Empfänger steht nur in der Position, zu gehorchen. Jeder Versuch, die Autorität Seitens des Empfängers mit Sinn, Macht, Zweck oder Nutzen selbst zu unterfüttern, zerstört die Autorität. Wir zielen hier auf die prinzipielle Geltungsbehauptung der Autorität, deren dialektische Verschränkung mit der Gehorsamspflicht wir hier bei Seite lassen. Rechtfertigung, Legitimierung, Begründung, Authentizität, Responsivität und Verantwortlichkeit müssen als Hemmnisse autoritären Gehorsams verstanden werden, die, wenn wir Autorität als systemtragende Komponente verstehen, Gefährdungen des politischen Systems darstellen. Weiterführend zu Fragen prekärer Staatlichkeit, Autorität und Legitimität siehe die Arbeit Schmelzles (2015), zur Spannung zwischen Autorität und Demokratie Straßbergers (2013).

95 In beiderlei Hinsicht entzieht sich die Autorität jeder Infragestellung, wobei einmal die Kooperation selbst, das andere Mal die Konversion bedroht ist. Die Frage, was die Autoritäten zu derlei Eingreifen berechtigt, führt Easton (A, S. 206) zu folgendem Argument: *Weil* es theoretisch möglich ist, ein System zu denken, in dem alle Akte gerechtfertigt werden müssten, dies aber empirisch kaum oder gar nicht gefunden werden kann, *muss* es Rollen geben, denen von sich aus der Autorität und Legitimität zuerkannt werde. Die Autorität könne für sich bestehen oder infolge einer vorher erbrachten Leistung entstehen.

96 Easton buchstabiert zum anderen die Autoritätszuweisung im Sinne eines kindlichen Gehorsams aus, der sich von einer familiären Prägung auch politische Positionen wie dem Staatspräsidenten verlängere. Diese Bindung entzieht sich offenkundig politischen Zusammenhängen zugunsten psychischer Disposita.

Verfahren steht wiederum zwischen einer Anbindung an die souveräne Setzung der politischen Gemeinschaft und der Konversionsfunktion des politischen Systems. Wir widmen uns der Autorität und ihrem Ursprung so detailliert, weil sie über ihre Einholung von Zustimmung auf einen konsensualen Aspekt abstellt, einem Verweis auf ein entzogenes Ganzes und *Eines* – sei es einer Gemeinschaft oder einem System. Die Autorität entfließt also keinen jenseitigen Instanzen, sondern einer diesseitigen Quelle, deren Bindungskräfte wiederum helfen, das System zu koordinieren. Mehr noch als die politische Ordnung verweist die Autorität auf die Logik der *Aussetzung*. Die Autorität wird gleichsam über eine kommunale Einbindung zugewiesen oder entspringt der Einsicht in die Funktionslogik des Systems und tritt den Individuen mit objektiver Geltung und Unzugänglichkeit entgegen: Das Abhängigkeitsverhältnis der Autorität, wie es zum Beispiel Weber denkt, polt sich um.

*

Zwischen der Eingabe in das politische System, also der Artikulation von *demands*, und den Erwartungen an die Rollenträger besteht nur ein loser Konnex: Den Mitgliedern geht es nicht um die Umsetzung *ihrer* Interessen, sondern um das Funktionieren der Konversion im Generellen. Die Unterstützung der Rollen speist sich aus diesem funktionalen Bezug und dezidiert nicht über konkrete Nutzenkalküle.⁹⁷ So bemessen sich die Erwartungen gegenüber den Rollenträgern anhand funktionaler Vorgaben: Die Autoritäten sollen den Mitgliedern Entscheidungen abnehmen, ihre Aufgabe ist es zu steuern, zu ordnen und zu befehlen. (Vgl. A, S. 207) Andererseits gehorchten die Mitglieder aufgrund von Furcht, Kalkül⁹⁸, Tradition oder Lethargie. Die Reibung mit dem funktionalen Horizont der Erwartungshaltung ist offenkundig. Daneben sei es stabilen Systemen mit stabilen Rollenstrukturen typisch, dass sich in eine über die Generationen tradierte und über die Sozialisation vermittelte Überzeugung der Richtigkeit der Handlungen dieser und eine Gehorsamspflicht einstelle: »*The major source of power for these roles resides in the prevalence of the conviction of their legitimacy.*« (A, S. 208) Autoritäten müssen sich also nicht rechtfertigen, weil sie schon beglaubigt und legitim sind. Diese Quelle der Autorität geht dem System voran: Es handelt sich hier um die Ausbildung von Sinnhorizonten, lebensweltlichen Kontexten und gewissen Strukturen, die von einer Systemeinbindung unabhängig sind. Die Funktion eines Systems erschließt sich nicht rein aus sich – gerade auch dann, wenn es nicht um die *outputs* geht –, ebenso wenig wie die Position der Rollenträger und die daraus entspringende Erwartungshaltung: Sie stehen in einem konstitutiven Zusammenhang mit einem kollektiven Kontext, der sich aus kulturellen, sozialen oder anderweitigen Quellen schöpft. Auch wenn Easton mit diesem Aspekt durchaus die quasi-evidente Autorität bestimmter Strukturen fassen kann, so steht sie in Spannung zur Kontextunabhängigkeit der Funktionslogik und des Konversionsprozesses. Akzeptieren wir Eastons Verweis auf die Antezedenz bestimmter normativer Kontexte, wird das politische System von diesen substantiell geprägt, ebenso wie die Erwartungshaltung.

97 Easton beabsichtigt hiermit eine Differenzierung der diffusen von der spezifischen Unterstützung.

98 Easton verweist auf eine *Ahnung* der Mitglieder, die Akte der Autoritäten würden auch sie weiterbringen.

Eine letzte relevante Einflussgröße ist die *general political structure*, mit der Easton auf die gesellschaftliche Verteilung der Macht abhebt. Auch wenn die Autoritäten Entscheidungsbefugnis hätten, sei Macht nicht an politische Rollen gebunden, vielmehr stützten sich diese auf *wirkliche* Macht. Diese Macht geht dem politischen System selbst und der Regimeebene voran und ist ein zentraler Faktor der Systemstabilität. Wenn Autoritäten Gehorsam beanspruchen, sie aber gleichsam von Instanzen abhängig sind, denen sie wiederum gehorsamspflichtig sind, scheinen die *wahren* Autoritäten zumindest außerhalb der institutionellen Ordnung stehen zu können, jedenfalls ist die Quelle ihrer Macht nicht die Entscheidungsbefugnis und der Gehorsam der generellen Mitglieder.⁹⁹ Leider sind Eastons Anmerkungen hierzu zu spärlich, um über die *wirkliche Macht* anders als spekulativ zu handeln.¹⁰⁰

3.3 Die Autoritäten – Zwischen Dezession, Autonomie und Dependenz

Autoritäten sind die Okkupanten der Rollen, die im Tagesgeschäft der Politik wirken, so von den meisten der Mitglieder wahrgenommen werden und zum Treffen bindender Entscheidungen ermächtigt wie verantwortlich seien.¹⁰¹ (Vgl. A, S. 212) Easton schlägt eine Einteilung der Autoritäten nach dem Grade ihrer Beteiligung an Dezisionen vor: Es gäbe Rollen, deren vornehmliche Aufgabe es sei, Entscheidungen zu treffen, und Rollen, die zwar institutioneller Teil des Systems seien, aber ohne relevante Befugnisse.¹⁰² Das Kriterium der Autorität bleibe die Entscheidungskompetenz.¹⁰³ Den Autoritäten komme

99 Die politischen Kräfte außerhalb des Regimes seien teils so mächtig, »that they are ultimately able to influence authorities.« (A, S. 210)

100 Es ist fraglich, ob die Regeln des Regimes, die nach Easton einen formalen und abstrakt-inhaltlichen Rahmen des politischen Handelns bestimmen, auch für die Einflusskräfte gelten, die kein Teil des Regimes sind, also die Kräfte, denen er auch einen mehr oder weniger starken Einfluss auf die Konversion zubilligt. Die *wirkliche* Macht ist weder Teil des politischen Systems noch bezieht sie ihre Machtressourcen aus diesem, vielmehr ist das Abhängigkeitsverhältnis umgekehrt. An was müssen sich diese *wirklich* Mächtigen halten?

101 Verantwortlichkeit und Autorität stehen in einer gewissen Reibung, zumindest wenn wir die Autorität im Sinne der unbedingten Geltung verstehen. Dann sind ist die Autorität weder an Sachzwänge oder formale Vorgaben gebunden: Die Rechtfertigung der Autorität liegt in ihr selbst, sie muss sich nicht erklären und ist bar jeder Rechenschaftspflicht.

102 Offenkundig ist dieses Kriterium Teil des Regimes, nicht der Autoritäten. Easton geht es bei den Autoritäten nun mehr um das Verhältnis Person und Amt.: »Support for a pattern of relationships that we call a system of government or regime is quite different from support for a given set of occupants for the roles of which the regime is composed.« (A, S. 215) Die spannende Frage ist die der Trennbarkeit von Okkupant und Amt auf der einen, Amt und Regime auf der anderen Seite. Natürlich leuchtet die Trennung der Unterstützungsebenen Person und Amt ein, aber das Kriterium der Entscheidungskompetenz ist nicht auf beiden Ebenen anwendbar.

103 Beide Bestimmungen müssen sich nicht ausschließen, sind aber prinzipiell unterschieden. Vom Standpunkt der Entscheidung aus gibt es keinen Unterschied zwischen einem verbeamteten Briefträger und einem Pizzalieferanten. Beide können die Entscheidung treffen und uns einfach das Gewünschte nicht aushändigen. Die Qualität eines autoritativen Aktes würden wir Letzterem aber nicht zukommen lassen. Das Kriterium ist demnach eher, welchem Kontext die Autoritätsmacht entstammt: Eben weil die autoritativen Ämter *öffentliche* sind, verweisen sie auf das gesamte System und dessen politischer Organisation.

somit eine zentrale Position und Funktion in der Konversion zu, ihre Bedeutung schwanke allerdings in Relation zu zwei äußeren Faktoren.¹⁰⁴ Zum einen nimmt Easton auf den Kontext des Systems Bezug, in dem die Rollenbesetzer stehen: »*The influence of the occupants of the authority roles in the conversion of demands into outputs will depend upon the specific relationship between them and all other members in a system.*«¹⁰⁵ (A, S. 214f.) Das Potential der Rollenbesetzer ist mithin abhängig vom institutionellen Arrangement. Zum anderen verweist Easton auf eine weitere Instanz, die gleichzeitig nicht selbst Autorität sein soll, von der aber gleichsam die Autoritäten abhängig seien. (Vgl. A, S. 216) Die Autoritäten stehen in einer Spannung zwischen den *generellen Mitgliedern* und den *wirklich Mächtigen*, wobei sie auf letzteren ungleich angewiesener sind. Der Einfluss systemexterner Kräfte steigert sich hier zu Abhängigkeit des institutionalisierten Systems.¹⁰⁶

3.4 Die Modi der Unterstützung

Die diffuse Unterstützung¹⁰⁷ ist nach Easton ein elementarer Baustein stabiler Ordnungen, sollte diese Unterstützungsform doch ein Reservoir ausbilden, durch welches kurzfristige *output*-Defizite aufgefangen würden.¹⁰⁸ Die relevanten Mitglieder eines Systems müssen demnach die Überzeugung teilen, das politische System würde sich um sie und ihre politischen Eingaben bemühen sowie der Adäquatheit, der Responsivität und der Verantwortung der Autoritäten vertrauen.¹⁰⁹ (Vgl. A. S. 267f.) Die Akzeptanz des Systems

104 Das Kriterium der Autorität ist die Entscheidung und deren Durchsetzung. Es geht hier nicht darum, jeden Einfluss auf Autoritäten zu leugnen, sondern um Eastons Kriterium der Entscheidungsautonomie der Autoritäten. Ihnen kommt eine klare institutionelle Funktion zu, in welcher sie auch öffentlich wahrgenommen werden müssen. Einerseits geht hier also um Öffentlichkeit und Responsivität politischer Amtsträger, die eben in diesen Positionen Entscheidungen für – oder aber: über – andere Personen treffen können. Andererseits geht es um die Stellung dieser Amtsträger fern der institutionellen politischen Struktur.

105 Kommt die Macht der Autoritäten nun durch die Autorität qua Selbstschöpfung, durch ihre institutionelle Stellung als öffentlicher Entscheidungsinstanz oder durch ihre Aufnahme- und Durchsetzungsfähigkeit der Interessen relevanter Personen oder Gruppen?

106 Abschließend will Easton die Bedeutung der Unterstützung von Autoritäten verdeutlichen, indem er auf negativen Konsequenzen hinweist. Kurz gefasst könnten infolge eines Mangels an Unterstützung keine kollektiv bindenden Entscheidungen mehr getroffen werden, weil keine Person ausreichend Machtpotential hätte. »*Normally, to be sure, this outcome [die Entscheidungslosigkeit aufgrund eines Machtdefizits – TB] is avoided through the introduction of forcible compliance, a special kind of response that meets the loss support by generating new support through coercion.*« (A, S. 216) Ob aus Zwang (längerfristige) Unterstützung resultieren kann, muss bezweifelt werden. Auch Autorität kann sich nicht – dauerhaft – auf Drohpotential stützen.

107 Die politische Unterstützung bezeichnet allgemein eine bewertende Einstellung gegenüber einem Objekt.

108 »*Implicit in what I have already said about outputs is the ideas that, in part, support for any of the political objects will, in the long run, depend upon the members being persuaded that occupants are in fact meeting their demands or that they can be expected to do so within some reasonable time.*« (A, S. 267) Müssen Mitglieder *überredet werden* oder *überzeugt sein*?

109 Im Gegensatz ergeben sich aus der fehlenden Unterstützung nicht-relevanter Akteure keine Folgen für die Stabilität des politischen Systems. Die Unterstützung der politischen Objekte Seitens der Schwachen und Einflusslosen stellt Easton (A, S. 271) außer Frage, denn diese hätten schlicht keine andere Möglichkeit. Einer näheren Begründung bedarf es leider nicht.

befördere auch die Bejahung der Entscheidungen, die in diesem System und seinen institutionellen Strukturen getroffen werden.¹¹⁰ Infolge einer politischen Reflexionsleistung, die sich nicht am Ausgang oder dem Endprodukt orientiere, rücke das Verfahren der Entscheidungsfindung selbst im Hinblick auf die Stabilitätsgenerierung in den Fokus.¹¹¹ Easton will so herausarbeiten, wie durch die ambige Affinität der Menschen zu den politischen Objekten auch Entscheidungen akzeptiert würden, die deren Meinung nicht entsprächen.¹¹² So knüpften sich die Bande der Loyalität auch nicht über Nutzenkalküle und spezifische *output*-Zufriedenheit¹¹³, sondern über die Sozialisation vermittelte Ausbildung von Autoritätsbezügen.¹¹⁴ Standen hinsichtlich des Stressreaktionen prozedurale Strukturen und systemlogische Imperative im Fokus, geht es Easton nun um die Einstellung der Bürger gegenüber dem politischen System und der Generierung von Überzeugungen, *outputs*, *Zwang* und *Stimulation von gutem Willen* (A, S. 275). Sie bilden das Produkt oder auch den Kontext der Systemfunktion, ebenso wie sich das System zu ihnen in konstitutiver Abhängigkeit befindet und gleichsam die Lesart und die Deutung der Umsetzung (in Hinsicht des Zwecks und der Performanz) beeinflusst.

Der diffusen Unterstützung entspreche ein unspezifisches Vertrauen in die Konversionsleistung des Systems, seiner Akteure und Verfahren sowie eine affektive Bindung an Aspekte der politischen Gemeinschaft, mithin der Identifikation als Teil dieser Gemeinschaft oder einem geschichtlichen Zusammenhang.¹¹⁵ Die spezifische Unterstützung zielt dagegen auf die jeweilige Zufriedenheit mit dem *output* des Systems und speziell auf die Leistung der Autoritäten. Der Unterscheidung eines intuitiv-affektiven und

110 Gründe, Kompromisse zu akzeptieren, seien Eigeninteresse, die von den Entscheidungen der Autoritäten bedient wurden, Zwang durch Machtgruppen (jene Zählenden), Pragmatismus und die Eigenwahrnehmung als Beeinflusser politischer Entscheidungen.

111 Politik wird nicht als Befriedung egoistischer Interessen und Machtbedürfnisse verstanden, sondern bekommt einen Eigenwert. Lieber akzeptieren die Mitglieder demnach unliebsame Entscheidungen, als das Regime oder die Gemeinschaft zu gefährden. Dieser Punkt steht wiederum eher mit der politischen Gemeinschaft in Verbindung als mit dem Regime, wobei es hier natürlich Überschneidungen gibt. Wie zuvor geht es um die Einhegung des egoistischen Strebens nach Selbstbevorteilung zugunsten einer als ausgezeichneten Instanz, diesmal eben die Kooperationsgemeinschaft. Sogleich rudert Easton zurück: »*This is not to say that a highly rational process is actually at work in the minds of members of a system. Positive and diffuse sentiments of this sort toward the political objects are probably instilled at an early stage in the maturation process of the individual.*« (A, S. 272) Der Wille geht nicht auf ein autonomes, emanzipiertes Bewusstsein zurück, sondern auf sozialisierte Einstellungen.

112 Ohne dies hier ausführen, kann durchaus bezweifelt werden, dass *Autoritäten* eine *diffuse Unterstützung* zukommt.

113 Auch Fuchs (PTS, S. 354) begreift die *output*-Unabhängigkeit als wesentliches Merkmal diffuser Unterstützung.

114 Wenn wir uns fragen, warum wir auf die Regierung hören bzw. ihm eine autoritäre Entscheidung über uns gewähren (besser: die Entscheidung der Autorität ohne eine Möglichkeit der Ablehnung erfahren), dann können wir nicht mit Gründen antworten. Die Relation hat keinen Bezug zu *input-output*-Prozessen, es geht nicht um Responsivität oder eine so gesehene Angemessenheit politischer Entscheidungen, vielmehr ist die grundlegende diffuse Unterstützung vor den politischen Prozessen angesiedelt.

115 Nach Easton ist die diffuse Unterstützung aber nur in ihrer Extremform blind und unkritisch, anschließend stellt sich die Frage, woher das kritische Vermögen stammen solle.

eines mehr oder weniger willentlich-kalkulierenden Zugangs zu politischen Objekten entspricht dieser Unterteilung der Unterstützungsmodi. (Vgl. A, S. 273) Im Fokus der diffusen Unterstützung stehen weniger die konkreten Resultate als das *Funktionieren* im Generellen. So formiert sich ein Begehren nach Systemveränderung hier in der Meinung, ein anderes System könne *besser* funktionieren. Welches Kriterium nun die Performanz bietet, um es um Umsetzung überhaupt oder eine bestimmte Qualität dieser geht, ob Erwägungen von Legitimität oder Effizienz im Fokus stehen: All das lässt Easton zunächst offen. Die Quellen der Unterstützung variierten, gleichsam gebe es zwischen den Modi durchaus Wechselwirkungen. (Vgl. A, S. 277) Wir werden uns zunächst dem speziellen Fall der diffusen Unterstützung der politischen Gemeinschaft zuwenden, um dann andere Quellen dieses Unterstützungsmodi zu besprechen. Abschließend widmen wir uns dann der spezifischen Unterstützung.

3.4.1 Die diffuse Unterstützung der politischen Gemeinschaft

Die diffuse Unterstützung gegenüber der politischen Gemeinschaft bilde das stabilste Fundament politischer Systeme. Erst wenn die anderen Objekte über einen längeren Zeitraum Unzufriedenheit erzeugten, könnte sich diese auch auf die politische Gemeinschaft übertragen.¹¹⁶ Die politische Gemeinschaft bezeichnete das gemeinsame Kooperationsprojekt zwecks der Lösung von Problemen und die daraus resultierende Arbeitsteilung: «(T)he concept »political community« refers to a group of persons who share a division of labor for the settlement of political problems. The cohesiveness of such a group, its sense of political community, will be reflected in the extent to which the members hold positive feelings with respect to this sharing of a political division of labor.» (A, S. 325) Die diffuse Unterstützung der politischen Gemeinschaft markiert demnach die Bejahung der Arbeitsteilung und Bezüge des Zusammenhalts.¹¹⁷ Die Arbeitsteilung selbst ist allerdings nicht sinnstiftend, vielmehr steht sie in einem Kontext: Ihre Aufgabe und Sinn werden der Arbeitsteilung durch die Einordnung in ein Ganzes zugeschrieben. Dem entspricht die zweifache *Teilung* der politischen Gemeinschaft: Eine *Division* steht einer *Union* gegenüber. Auch wenn Easton den Aspekt der Arbeitsteilung betonte, konnte er sich nie ganz aus der Anbindung an eine vorlaufende Stiftung des *Einen* und des *Ganzen* lösen. Die politische Ordnung

116 Ein Abzug an politischer Unterstützung würde sich gegenüber der politischen Gemeinschaft eher langsam entwickeln, die beiden anderen Ebenen wären weit schneller betroffen. Allerdings wäre diese Abfolge nicht zwangsläufig: Unabhängigkeitsbestrebungen müssen nicht unbedingt etwas mit politischer Unzufriedenheit zu tun haben, so Easton (A, S. 324). Zentral wäre die Herausbildung einer eigenen Identität, eines Bewusstseins der Autonomie sowie einem gewissen Organisationsgrad politischer Handlungen und politisierter Individuen. Dieses entwickelte Verständnis von Freiheit und Würde ließe es dann nicht mehr zu, dass *über* die Mitglieder der Bewegung und ihr politisches Schicksal bestimmt werde.

117 Diffuse Unterstützung könne sich auch über Zwang bilden, obgleich dies ineffizient sei. Als Beispiele nennt Easton Steuern, Wehrdienst und *andere politische Aufgaben*. Die Unterstützung bildet sich offenkundig nicht *im* Wehrdienst, sondern in dessen zugewiesener Aufgabe und Bedeutung innerhalb der politischen Gemeinschaft. Auch Steuern meinen nicht einfach Abgaben, sondern Mittel zur gemeinsamen Gestaltung eines Gemeinwesens. Ohne diese Anbindung bleibt ein, auch dann noch ausreichend schwieriger, Bezug zur Unterstützung heikel.

beruht demnach auf einer antezedenten *kollektiven Identität*: Das *Ko* integriert die *Operation*. Dieser kontextuelle und kollektive Zusammenhang bilde sich über gemeinsame Sprache, Religion, Geschichte oder Abstammung. Grundsätzlich gehen diese *Wir*-Identitäten *politischen* Bezügen voran und sind in den Kategorien Eastons eher im Sinne des Gemeinschaftssinns denn als Ausdrücke der politischen Gemeinschaft zu verstehen.¹¹⁸

Diese *kollektive Identität* kann nicht auf die Arbeitsteilung reduziert werden, vielmehr scheinen beide in einem gegenseitigen Bezug zu stehen: So müsse eine politische Gemeinschaft eine politische Identifikation bieten, also neben Ort und Art der Konflikt-austragung auch ein geteiltes Problembewusstsein und Normen der Solidarität in der Auseinandersetzung sowie ein geteiltes Verständnis der möglichen Differenz und des nötigen Einvernehmens politischer Konflikte einbegreifen.¹¹⁹ (Vgl. A, S. 326) Die *op*-positionellen und die *kom*-positionellen Einschreibungen der Kooperation und des Konflikts verschränken sich in der politischen Gemeinschaft. Ihnen zugrunde liegt die kollektive Wahrnehmung als *Eines*. Die politische Gemeinschaft umfasst die Teile und integriert sie in einem Ganzen, einer inklusiven Einheit, deren Komponenten *zusammengenhören*. Die diffuse Unterstützung stellt auf Aspekte kollektiver Identität ab, ebenso auf die Akzeptanz politischen Strukturen sowie auf die Umsetzung des Kooperationswillens, mithin dem Konnex politischer Gestaltungspotentials und der gegebenen Ordnung. Auch wenn die drei Zugänge auf das Verbindende verweisen, setzen sie unterschiedliche Schwerpunkte: Die Konstitution einer geteilten Wahrnehmung steht einer Eingelassenheit in objektive Strukturen und der praktischen *Autonomie* eines Kollektivs gegenüber. Gerade der erste Aspekt lässt sich eher im Sinne *social community* verstehen, geht es hier doch um Fragen der *gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit*, der Wahrnehmung des *Wir* (in beiderlei Sinn) und den Grundzügen *gegenseitiger Aufmerksamkeit* (*mutual responsiveness*). Der Sinn der Gemeinschaft verlängert sich ins Epistemologische: Gemeinschaft und Sinn stehen in einem konstitutiven Verweisungszusammenhang (*Kon/Sens*). Gleichzeitig verweist Easton auf die Notwendigkeit politischer Teilhabe unbestimmter Qualität und Quantität und die Ausbildung einer geteilten Erwartungshaltung zukünftiger Belohnungen durch Partizipation, um die gemeinsamen Bande und die *kollektive Identität* zu stärken.¹²⁰ (Vgl. A, S. 328) Wenn Easton vormals mit der Arbeitsteilung auf die *Gründung* des politischen Gemeinwesens und dessen Ordnung von Macht, Autorität und Legitimität abstellte, weitet er nun den Bezugsrahmen der *Kooperation* deutlich aus: Eine politische Gemeinschaft meint nun keinen jenseitigen Grund mehr, sondern eine diesseitige Kooperation, eine aktive Teilnahme und Teilhabe. Dieser ambitionierten Einbindung politisch-partizipativen Potentials steht die systemische Notwendigkeit zur selbstreferentiellen Auswahl, die Limitierung des Eingangs und des (relevanten) Personals konträr

118 Dieser Primat des *Einen* und seiner Einteilung einer Kooperation muss von der integrativen Sogwirkung faktisch gegebener politischer Systeme unterschieden werden.

119 Es geht um gemeinsame politische Prozesse, Rollen und Kommunikationsnetzwerke. (Vgl. A, S. 327) Die Einbindung ist nicht angeboren, sie ergibt sich: »*Succeeding generations of children mature to adulthood and take their regularly expected political roles but they are not born with a built-in instinct to accept the authorities.*« (Ebd.)

120 Letzteres scheint im Denken Eastons nur schwer haltbar, bedient die Belohnungshaltung doch eher spezifische Unterstützungscharakteristika. Soll die Gemeinschaft krisenfest sein, kann sie nicht mit *outputs* verbunden werden.

gegenüber. Der Beteiligungsnorm erkennt Easton hier somit eine konstitutive Qualität zu, obgleich sie den Imperativen der Systemlogik entgegensteht und den engen konzeptionellen Zuschnitt der politischen Gemeinschaft sprengt. Die politische Einbindung von Kollektiven ist aber nur ein Weg, Gesellschaften zu integrieren: Wie Sprache, Religion und Gebräuche stiftet sie durch Generierung eines *Wir*-Gefühls und der Räume und Kanäle der Kommunikation einen geteilten Bezug.¹²¹ (Vgl. A, S. 329)

Konkrete Ausdrücke des Gemeinschaftssinns seien patriotische Zeremonien, Symbole wie Totems, Flaggen, Lieder, Helden oder auch Farben auf Landkarten. Eastons (A, S. 332) Beispiele bedienen allerdings eher die klassischen Grundfeste politischer Gemeinschaft, also Raum und Herkunft. Das *Wir*-Bewusstsein muss Kooperationen vorangehen, ihre Zusammenarbeit stützt sich mithin auf die Überzeugung einer gemeinsamen Geschichte, Traditionen und Erwartungen. Daneben weist Easton (A, S. 333ff.) auf die Rolle von Ideologien im Sinne von *Weltanschauungen* hin: Diese machten den Weg der Generationen in der Gegenwart sichtbar und verständlich, anknüpfungsfähig und übertragbar.

3.4.2 Legitimität, Autorität und Gemeinwohl als Quellen diffuser Unterstützung

Die Legitimität bildet neben dem Vertrauen¹²² und der Autorität eine relevante Quelle diffuser Unterstützung des Regimes und der Autoritäten.¹²³ Der Legitimitätsglaube bezeichnet individuelle Vorstellungen des *guten, richtigen* Lebens und dessen Entsprechung in politischen Strukturen. Die geteilten Normen und Ideale dienen als Ressource zur Rechtfertigung und zur Inanspruchnahme einer Gehorsamspflicht Seitens der Autoritäten auf Basis gemeinsamer Ziele, Werte und Institutionen. Gleichsam bleiben die Legitimität und Autorität des Regimes und der Autoritäten auf die politische Gemeinschaft verwiesen, die einen kollektiven Bezug sowie einen geteilten Horizont von Sinn stiftet.¹²⁴ Aus Sicht der Individuen ist ein gemeinsamer Kontext, ein geteiltes norma-

121 Leider belässt es Easton bei Andeutungen, schon Ausführungen zu seinem Kommunikationsbegriff und seiner anspruchsvollen politischen Funktion wären zum Verständnis hilfreich.

122 Vertrauen meint hierbei das Gefühl der Mitglieder, die Autoritäten würden ihren Interessen auch ohne penible Prüfung nachkommen. Fuchs (PTS, S. 355f.) hingegen betont die Bedeutung direkter Erfahrung und die Stellung des *trust* als generalisierter Outputbewertung. Schaal (2008) begegnet der Operationalisierung des Vertrauens mit Skepsis und weist auf die Gefährdung durch ökonomische Überlagerung hin. Auch die empirische Forschung widmet sich dem Vertrauen (*trust*). (Vgl. neben anderen Pickel 2013 und Frings 2010)

123 Die Autoritäten benötigten ein stabiles Arbeitsumfeld und einen gewissen Spielraum des Handelns, welches durch diffuse Unterstützung erbracht würde. Easton geht es um eine bestimmte Überzeugung, nach dem die Autoritäten legitim und gerechtfertigt Folge zu leisten ist. Einerseits entnimmt Easton diesen Gehorsam den Autoritäten und den geteilten Werten, andererseits verweist auf die Notwendigkeiten des Regimes: »But [in Abgrenzung zum unreflektierten Autoritätsglauben – TB] *the most stable support will derive from the conviction on the part of the member that it is right and proper for him to accept and obey the authorities and to abide by the requirements of the regime. It reflects the fact that in some vague or explicit way he sees these objects as conforming to his own moral principles, his own sense of what is right and proper in the political sphere.*« (A, S. 278)

124 Ein System der Konversion müsse seine funktionale Bedeutung bekunden, um die Ziele kollektiv zu versichern und zu motivieren. Die Systeme beruhten zwar einerseits auf Selbsterhaltungsstrategien der Elite (Überredung, Selbstinteresse, Zwang und Tradition), andererseits müsste ein Sys-

tives Fundament und politisches Projekt nötig, anhand dessen sie die systemtragenden Kräfte und deren Handeln kontextualisieren und messen. Letztere müssen zur Rechtfertigung der Nutzung gemeinsamer Ressourcen und Inanspruchnahmen von Legitimität und Autorität ebenso auf diesen Kontext abstellen. Die Ausgestaltung, die Möglichkeiten und Grenzen der Systemfunktion bleiben demnach in beiden Hinsichten an die politische Gemeinschaft gebunden.¹²⁵

Die Legitimität trennt Easton nach ihren Quellen (Ideologie, Struktur und der Qualität des Personals) und ihren Objekten (Regime und Autoritäten). (Vgl. Westle, PL, S. 69) In Abgrenzung zu den in die Regimeebene eingebetteten *operating values of the system* beschreiben *ideologies* Ideale, Erklärungen und Ziele der Vergangenheit, Zukunft und des Präsens, auch Grenzen und Großaufgaben der politischen Macht, Vereinheitlichung menschlicher Energien und Handlungsmotivationen.¹²⁶ (Vgl. A, S. 290) Ideologie lasse sich mithin in eine kollektive Wirklichkeits- und Weltdeutung und eine Steuerung dieser Seitens der Eliten unterscheiden.¹²⁷ Wie Regimenormen und -strukturen müssen auch Ideologien notwendig entpolitisiert sein, nur ohne Gegenentwürfe können sie stabilisierend wirken.¹²⁸ Die Motivation und Kohäsion der Ideologie stehen

tem seine *outputs* aber mit der Erwartungshaltung der generellen Mitglieder koppeln, da diese sonst nicht als effektiv erkennbar wären. (Vgl. A, S. 279)

- 125 Die Frage muss sein, ob die Regimestruktur auch positiver Teil der Gemeinschaft sein muss, also ob der Aufbau des Systems ein Ausdruck des *Wir*-Gefühls sein muss bzw. einen Wert als Teil des gemeinsamen Schicksals erlangt? Letztlich verschwimmt an dieser Stelle die Trennung zwischen Regime und Gemeinschaft ein wenig, zumindest an den Rändern.
- 126 Ideologien haben eine Scharnierfunktion zwischen der politischen Gemeinschaft und der Regimeebene und stehen in Beziehung zu den *operating values*. Easton gesteht den Ideologien dabei einen geringeren Konsistenzgrad zu.
- 127 *Expressive aspects* dienen zur Wirklichkeitserklärung, politischen Integration und Komplexitätsreduktion. (Vgl. A, S. 295) Es geht darum, dass sich die Individuen im Regime und unter den Autoritäten aufgehoben *fühlen*, sie um ihren eigenen Platz wissen und darum, dass sich jemand um sie und ihre Bedürfnisse kümmert. Dabei ist es auch möglich, dass eine Ideologie nicht nur die bestehenden Institutionen unterstützt, sondern zum Beispiel neue politische Ziele und Richtungen vorgibt. Wenn eine Ideologie die Wirklichkeit und neue Entwicklungen besser erklärt als die alte, schwenken die Mitglieder um. Die *instrumental aspects* setzen einen anderen Schwerpunkt. (Vgl. A, S. 296) Die Elite kann die öffentliche Meinung kontrollieren und manipulieren. Die Wertfundierung liefert die Begründung der Entscheidung sowie das motivationale Element. Die Elite muss aber als effiziente, empathische Einheit auftreten und mit mehreren alternativen ideologischen Positionen spielen bzw. sie anbieten. (Vgl. A, S. 297) Letztlich ist es die Spannung zwischen integrativer Homogenität und responsiver Pluralität der Eliten und der sie tragenden öffentlichen Meinung(en), die hier ins Gewicht fällt.
- 128 Easton (A, S. 291) trennt eine *legitimizing* von einer *partisan ideology*, wobei letztere eine inner-systemische Konkurrenz kennzeichnet. Die Alternativität der Bewerbung um politische Führung finde allerdings unter Ausschluss ordnungsgefährdender Ideologien statt. Ebenso seien die Werte der legitimierenden Ideologie systemerhaltend. Zwar gäbe es auch andere Faktoren: »But most frequently, and especially in those systems displaying a high degree of stability, the power of the authorities and of the regime both depend upon continuing validation through some set of values, a legitimizing ideology. We may describe these as ethical principles that justify the way power is organized, used, and limited and that define the broad responsibilities expected of the participants in the particular political relationships.« (A, S. 292)

dabei in Spannung zu ihrer notwendigen Unbestimmtheit und Abstraktion.¹²⁹ Eine geteilte Ideologie ermöglicht mithin die Integration des Systems über die gemeinsame Überzeugung der Richtigkeit der verbindlichen und verbindenden politische Werte, deren Vertretung sowie Entsprechung der politischen Strukturen und Autoritäten sowie Ausbildungen verbindender Solidarität und Motivation. (Vgl. A, S. 292) Zwischen der Legitimität der Regimestrukturen und der Rollenträger sowie der Wege ihrer Rekrutierung besteht ein Verweisungszusammenhang.¹³⁰ (Vgl. A, S. 299) Die Teilhabe an einer für richtig befundenen Ordnung zeichne alle ihre Komponenten, Strukturen und Akteure quasi automatisch mit aus. Ebenso bildeten *bestehende* Ordnungen affektive Kohäsionspotentiale aus.¹³¹

Die Legitimität der Autoritäten¹³² entfließe so unterschiedlichen Quellen wie Überzeugung, Zwang, Nutzenkalkül oder Tradition und stehe dabei entweder mit der Auszeichnung von *outputs* oder dem institutionellen Rahmen, in dem sich die Autoritäten befinden, in Zusammenhang. Auch wenn die beiden Bezüge unterschiedliche Schwerpunkte setzten, blieben sie aufeinander verwiesen und verlangten nach einer gewissen Kohärenz.¹³³ Einerseits binden sich die Legitimität der Autoritäten an die Legitimität des Regimes, dessen Teil sie sind; andererseits bedarf die Besetzung der Rollen selbst eigener Kriterien und beinhaltet andere normative Ansprüche an die Person, ihr Verhalten und ihre Rechtfertigung. Die Autorität entstammt einer höheren, vor- oder übergeordneten Instanz, sei die Quelle nun göttlichen Ursprungs oder die Auszeichnung ei-

129 Wie die Werte müssen Ideologien unspezifisch sein, um einen breiten Bezug angesichts der sozialen Heterogenität entfalten zu können. Gleichsam stellt sich die Frage, ob sich infolge der fehlenden Konkretheit nicht das politisierende, motivierende und kohäsive Potential verloren geht. Letztlich seien Ideologien nur erfolgreich, wenn sie dem Stimmungsbild einer Mehrheit der Menschen (nicht der Relevanten!) entsprechen. Es geht nicht um Defizite der Umsetzung, sondern um weltanschauliche, ideelle Vorgaben, nach denen sich Autoritäten bzw. Regimestrukturen richten. Ideologien können der Bevölkerung dienen, ihren Bedürfnissen Ausdruck zu verleihen, andererseits sind sie Motivationskerne der Eliten (Vgl. A, S. 295)

130 Einerseits erzeuge die Herkunft aus der Regimestruktur schon für sich Legitimität qua Autorität, andererseits binde dies die Autoritäten wiederum an ein rollenkonformes Verhalten (Rechte, Pflichten sowie Ziele).

131 »But I am suggesting that if the pre-existing order has been more than an ephemeral event, there is a strong tendency for the members to develop attachments to the structure and norms of the regime itself, quite independently of the underlying moral principles to which they also subscribe.« (A, S. 300) Gleichwohl gebe es keinen angeborenen Instinkt, die Autoritäten und das Regime zu akzeptieren. (Vgl. A, S. 305) Zwei Bewegungen stehen sich gegenüber: Einerseits wird die Unterstützung dem System von außen zugewiesen, andererseits wird die Unterstützung dem Äußeren durch das System selbst eingeschrieben. Auch wenn beide Bewegungen sich nicht ausschließen, ist die Unterscheidung einer äußeren Zuweisung und einem selbstständigen Geltungsanspruch relevant.

132 Westle (PL, S. 70) verweist auf die Spannungen, die durch die doppelte Besetzung des Autoritätsbegriffs, als Personen und als Institutionen, entstehen.

133 Anschließend weist Easton den *generellen* Mitgliedern erstmals eine politisch-funktionelle Bedeutung zu. Die Beziehungen zwischen diesen und den Autoritäten seien zu stabilisieren, die Scharnierfunktion übernehme das Regime, welches einen Rahmen, Regeln und Handlungssicherheit liefere. »The belief in the legitimacy of the authorities and regime provides such a stable connection.« (A, S. 279) Um den Stabilitätsgedanken auszuarbeiten, müsste Easton das Verhältnis klären, in dem die Institutionen zu den generellen Mitgliedern stehen.

nes Volks, eines Ideals, einer Vision oder einer bestimmten Kooperationsgemeinschaft. Eben weil Autoritäten *für* etwas stehen, die *wahren* Werte von *etwas* symbolisieren, können sie Gehorsam auch unabhängig von konkreten Befugnissen einfordern.¹³⁴ Ihre Legitimität bindet sich so an die Verbindlichkeit externer Quellen, deren integrative Potentiale und Limitierungen.¹³⁵ Eine andere Quelle der Legitimität stelle die Ausprägung (individueller) psychischer Dispositive und (kollektiver) normativer Einstellungen vermittelt über die Sozialisationsprozesse dar.¹³⁶ Autorität und ihre Legitimität stifte sich über kindliche Erfahrungen und übertrage sich auf politischen Strukturen und Rollen.¹³⁷ Weil die Ratio und das Nutzenkalkül nicht ausreichen, um die Stabilität der Autorität zu gewährleisten, bedürfe es anderer Quellen: Unter anderem die Sozialisation vermittele mentale, kulturelle und psychische Qualitäten der Autorität, die die Wahrnehmung der Rollen konstituiere und als legitim, richtig und adäquat darstelle.¹³⁸ (Vgl. A, S. 280) Diese Grundüberzeugung gegenüber den Autoritäten sei Ausdruck diffuser Unterstützung.¹³⁹ Die Quelle der Akzeptanz ist für Easton letztlich irrelevant, zentral sei hingegen, dass

-
- 134 Darüber hinaus spricht Easton (A, S. 303) aber dem Verhalten und der Persönlichkeit der Autoritäten einen eigenen Wert zu, der es diesen ermöglicht, Regimenormen und -strukturen zu verletzen. So kann auch ein Regime wechseln und die Autoritätsfigur ihre, dann davon gelöste, Legitimation behalten. Hier wäre aber genau abzuwägen, wie sich die Beziehung zwischen Basis und Führerfigur gestaltet. Von einer geteilten Wertbasis kann in diesem Falle wohl nicht mehr ausgegangen werden, die Funktionen des politischen Systems fallen dann in der Autoritätsfigur zusammen. Sie ist Appellationsinstanz, Konverter, Interessenvertreter und Gemeinschaftskondensat.
- 135 In der Beschreibung der Autoritätsstruktur hatte Easton das Hörigkeitsverhältnis als eine direkte Abhängigkeit beschrieben, die sich nicht nochmals auf Wertteilung beruft. Autorität fußt auf Autorität, auf Mächtigkeit. Legitimitätsstrukturen hingegen holen nach Easton dieses Element wieder ein: Menschen bewerten Autoritäten nach Wertmaßstäben, jene müssen sich entsprechend verhalten und in legitime Strukturen eingebettet sein, was sowohl ihre institutionelle Herkunft als auch ihre politische Arbeit umfasst, sowie menschliche Bedürfnisse (Interessenvertretung, Wirklichkeitsstrukturierung, Responsivität usw.) erfüllen.
- 136 Westle (PL, S. 65) nennt als Quelle diffuser Unterstützung Sozialisation und Erfahrungen, wobei letztere generalisierte *output*-Bewertungen meint. Fuchs weist mit Bezug auf andere Arbeiten Eastons darauf hin, dass diffuse Unterstützung der Sozialisation und der Erfahrung entstamme: »Die Sozialisation generiert einen diffusen Support auf eine zweifache Weise. Erstens, indem durch psychische Transferprozesse von den primären Sozialisationsagenten – vor allem der Väter – buchstäblich diffuse affektive Bindungen an die Objekte des politischen Systems hergestellt werden [...]. Zweitens, indem eine Bindung an bestimmte Werte erzeugt wird, die später als Beurteilungsmaßstab für die Authorities und das Regime verwendet werden.« (PTS, S. 255)
- 137 Diese naive, irrationale, unreflektierte Prägung übertrage sich von Vaterfiguren auf Könige, Präsidenten und Kanzler. (Vgl. A, S. 307)
- 138 Die Kontingenz der Kultur und die Notwendigkeit systemischer Stabilität vor Augen, muss der kulturellen Norm der Partizipation durch Sozialisation und Wertvermittlung begegnet werden, um Destabilisierungen zu vermeiden.
- 139 Die kritische Distanz, die Easton vormalig betonte, scheint hier von geringerer Bedeutung: Da die Werte von systeminternen Kräften, also den Eltern und den staatlichen Erziehungseinrichtungen übernommen werden, kann sich eine kritische Distanz nicht einstellen, wäre gar systemgefährdend. Darüber hinaus ist das individuelle Wollen angesichts der Geltung traditioneller Werte irrelevant. Wir hatten diese Diskussion zwischen Emanzipation und Einbindung schon geführt und wollen sie hier nicht wiederholen.

Entscheidungen als bindend akzeptiert würden und so ein geregeltes, erwartungsstabilisierendes Arbeitsumfeld der Autoritäten entsteht.¹⁴⁰ Traditionell sei die Legitimität immer an Autoritäten angebunden, allerdings nicht nur an Personen, auch an Rollen, Strukturen und Normen.¹⁴¹ Die Überzeugung, die Autoritäten hätten ein moralisches Recht, zu herrschen, verbindet sich laut Easton mit der Ideologie und der Forderung nach Stabilität.¹⁴² Zwischen den Komponenten des Systems entstehe so ein Zusammenhang gegenseitiger Legitimierung, der nicht nur Strukturen, Rollen und Funktionen und die diesen zugewiesene Erwartungshaltung umfasse, sondern auch die Wege der Entscheidungsfindung und die Rekrutierung von Rollenträgern.

Die Gemeinwohlüberzeugung ist eine weitere Quelle diffuser Unterstützung: »*This is the conviction that there is something called the interest of the realm, the public, common, or national interest, the general good and public welfare, or the good of the tribe, of »our people«.*« (A, S. 311f.) Die Autoritäten verwiesen auf dieses als Repräsentanten der Gemeinschaftsebene. Aus einer Gemeinwohlkonzeption resultierten *gemeinsame* Standards der *output*-Bewertung. (A, Vgl. S. 312f.) Die Bürger vertrauen mithin der Gemeinwohlorientierung der politischen Akteure und entlasten so die Entscheidungsbegründung. Nach Westle manifestiert sich das Vertrauen »*erstens in einem Gefühl der Bürger, daß ihr gemeinsames Interesse auch ohne ständige Kontrolle der politischen Herrschaftsträger beachtet wird, und zweitens hinsichtlich der politischen Ordnung in einer symbolischen Zufriedenheit mit den Prozessen, durch das Land geleitet wird.*« (PL, S. 70) Die systemfunktionale Beurteilung des Gemeinwohls bleibt ambivalent: Einerseits spitzten sich Konflikte zu, wenn es um die Bestimmung des Geteilten ginge. Andererseits hätte es eine integrierende Funktion, da immer alle Mitglieder einer Gemeinschaft einbezogen seien.¹⁴³

140 »*Whether the basis of acceptance is legitimacy, fear of force, habit, or expediency is irrelevant.*« (A, S. 285) Eine Quelle durch aktiv-partizipative Selbstsetzung und Aneignung politischer Strukturen sieht Easton nicht. Die Legitimitätsquellen sind nach Easton Ideologie, Struktur und personelle Qualitäten: »*Support mobilized on behalf of the authorities and regimes may derive from several different sources: from underlying ideological principles, from attachment to structures and norms of the regime as such, or from devotion to the actual authorities themselves because of their personal qualities.*« (A, S. 287)

141 »*Here, however, it is appropriate to draw attention to the part that the values and principles play with regard to legitimacy. Not only do they serve as a body of constraints within the limits of which the authorities are expected to act, as we have seen. They also provide a context within which the authorities as well as the political structure and related norms may themselves be tested for their legitimacy.*« (A, S. 289) Die Frage ist, wer denn die Legitimität testet? Wiederum verweisen wir auf obige Diskussionen. Daneben stellt sich die Frage, ob man erst Autoritätsperson und dann Empfänger von Legitimität ist oder nur eine Person oder die Strukturen, in denen jene arbeitet, als autoritativ gesehen werden können, wenn ihnen zuvor Legitimität zuerkannt wird.

142 Die Autorität ist nach Easton eine Unterform der Macht, die nicht auf akzeptiertes Recht zurückgehen muss: »*The authorities consist of those persons who have the capacity to order others.*« (A, S. 292) Ob sich die Verbindlichkeit nun aus der gegebenen Autorität oder aus der Zuweisung ergibt, bleibt offen. Auch wenn sicher von einer gegebenen Autorität Bindungskräfte ausgehen, bleibt die Abhängigkeit von einer erzeugten Einsicht diesen vorgeordnet. Auch wenn sich also Macht mit der Legitimität ummantelt und eine Neigung verbreitet sei, das Handeln der Autoritäten in einem bestimmten Rahmen zu akzeptieren, geht der Autorität doch ein Zulassen voran. (Vgl. A, S. 292) Macht und Autorität bestehen nicht für sich, sie sind an die Zuweisung zu Permission gebunden.

143 Einerseits komme es zu einer gewissen Radikalisierung der Konflikte, da in der Diskussion Probleme (*issues*) ideologisiert und die *cleavages* schärfer würden, andererseits würde durch die Ver-

3.4.3 Die spezifische Unterstützung

Die spezifische Unterstützung ist an die *outputs* gebunden, was zugleich einen direkten und direktiven *feedback*-Prozess ermöglicht. »*This response consists of a flow of outputs which, through their consequences, feed back into the system and may thereby add to (or subtract from) the level of support available to the political objects. Because of its direct relationship to the outputs, I have previously labeled it specific support.*« (A, S. 343) Ausgehend von einem als offen, autonom und autoregulativ bestimmten System betont Easton den dynamischen Charakter der *input-output*-Beziehung.¹⁴⁴ Zwar kommen Informationen über Veränderungen der Umwelt mit *inputs* in das System, diese verweisen aber auf *outputs* und *outcomes* zurück: Alles ist wechselseitig verkoppelt und zugleich fluide.¹⁴⁵ Zentraler Punkt ist die Verknüpfung von Erwartung, *output* und Unterstützung, wobei es hier auch zu *spill-over*-Effekten kommen könne. Die substantiellen Charakteristika der spezifischen Unterstützung sind nach Westle ihre Kurzfristigkeit und ihre Objektgebundenheit sowie ihre Bezogenheit auf *outputs* und ihre Bindung an die Autoritäten. (Vgl. PL, S. 60 und S. 63f.; vgl. auch Kock 2014, S. 28f.)

*Outputs*¹⁴⁶ sind zu verstehen als »*authoritative allocations of values, as binding decisions and actions, and as transactions or exchanges between a system and its environment.*« (A, S. 348) Die spezifische Unterstützung orientiert sich an der Performanz eben jener politischer Machthaber und könne kurzfristig entzogen als auch zuerkannt werden. Auch wenn sich

allgemeinerung eines partikularen Konfliktes und das Aufzeigen seiner Verbindung zum Allgemeinwohl die Solidarität gestärkt. (Vgl. A, S. 313f.) Die Mitglieder stehen unter dem Zwang, ihre partikularen Meinungen dem Gemeinwohl unterzuordnen und hätten somit eine größere Bereitschaft, *outputs* zu akzeptieren, auch auf Seiten der Autoritäten, die sich kompromissbereiter zeigen. (A, S. 314ff.) Das Gemeinwohlkonzept zeitigt also integrierende und konsensuale Effekte. Auf der anderen Seite räumt Easton ein, dass auch Partikularinteressen teilweise im Mantel des Gemeinwohls formuliert würden. Dies sei aber der verschobenen Weltsicht des Interessierten geschuldet und allein die Formulierung unter dem Diktum des Gemeinwohls reiche aus, die positiven Effekte zu zeitigen. Eine unter den relevanten Mitgliedern verbreitete Gemeinwohlorientierung sollte sich auch auf die Selbstreflexion der Autoritäten übertragen.

- 144 Mit dem einzigen Ziel der Selbsterhaltung verbindet sich nach Narr (TS, S. 127) eine große Allgemeinheit, eine Beschränkung auf vermeintlich wesentliche Prozesse und eine Formalisierung.
- 145 Easton will den statischen Blick auf politische Systeme zugunsten einer Dynamisierung aufbrechen. (Vgl. A, S. 367) Das politische System befindet sich in einem ständigen Fluss, die Systemein- und Systemausgänge beziehen sich stets aufeinander, kaum wird ein statischer Zustand erreicht, da sich da System stets reguliert.
- 146 Die Notwendigkeit der Quantität und Qualität der Entscheidungsproduktion in modernen Gesellschaften mache es nötig, auf Technisierung und Effizienz zu setzen. In einer komplexen Welt fehle es Menschen an Zeit, Interesse und Ressourcen, um auf *outputs* einzugehen, maximal auf eine minimale Selektion. Diese Entwicklung, von Easton lose an die *Apathie* geknüpft, mache die Funktion der Mediation notwendig: Durch Meinungsführer, Parteien, Experten usw. kommt es zu einer Komplexitätsreduktion. Sie formen die politische Wirklichkeit vor, interpretierten sie und geben Bewertungsmaßstäbe. *Outputs* werden nun nicht mehr seitens der Mitglieder bewertet, sondern durch die Mediationsinstanz, welcher die Mitglieder vertrauen und in welche sie Zuversicht haben. (Vgl. A, S. 397) Nach Easton ist die Selbstreflexion nicht ausgeschlossen, sie scheint aber nicht funktional zu sein. Die *feedback-loop* bricht demnach vor der generellen Mitgliedschaft ab, die keinen Zugang zum *wirklichen* politischen System und seinen Vorgängen hätte. Ob die Beziehung zwischen Mediationsinstanz und der generellen Mitgliedschaft ebenfalls als *feedback-loop* beschrieben werden kann, ist fraglich.

die Unterstützung eher auf die materiellen Ergebnisse hin ausrichtet, bleiben die Autoritäten in einem doppelten Bezug, mithin einem personalen (Okkupanten der Rollen) und einem institutionellen (Rollen des Regimes). Die Bewertung eines *outputs* findet demnach immer in einem Kontext statt, die Erwartungshaltung bildet sich über kulturelle und anderweitige Normen. Jede bindende Entscheidung muss durch eine Autorität artikuliert werden: »It is the fact that they are produced by the authorities that distinguishes them as outputs. Politically powerful members may well play the tune to which the authorities dance and in this sense they effectively dominate the outputs. But without processing their own demands through the authorities their demands would not be converted into recognized systemic outputs.« (A, S. 349) Entscheidungen der Autoritäten sind nicht nur Legitimität eingeschrieben, sondern auch die Anerkennung, die sich wiederum aus der Verknüpfung mit dem System, also den institutionalisierten Weg der Entscheidungsfindung, ergibt. Die Energien und Ressourcen der Mitglieder eines Systems werden durch die Autoritäten politisch wirksam, also *organisiert, fokussiert und bestimmt*.¹⁴⁷ Akten der Autoritäten sind aufgrund dieser Einbindung eine besondere Verbindlichkeit eigen, sind sie doch die *befugten* Entscheider.¹⁴⁸

Die gewünschten Effekte nennt Easton *outputs* und unterscheidet sie von den unkalulierbaren Nebeneffekten, *outcomes*, wobei er hierunter neben kurzfristige auch langfristige Folgen zählt. (A, S. 351) Jedes politische System muss einerseits *autoritative outputs* produzieren, die die konfrontative Entscheidung und ihre Unbedingtheit betonen. Andererseits bedarf jedes System auch weicherer, ausgleichender Erzeugnisse, die Easton als *associated outputs* bezeichnet.¹⁴⁹ (Vgl. A, S. 352f.) Die Umsetzung der *outputs* kann sich als Aktion (*performance*) oder als (artikulierte) Stellungnahme gestalten. Beide sind wiederum aufeinander bezogen: Ankündigungen machen Umsetzung nötig, zumindest zum Teil, und einer puren Umsetzung fehlt es an sinnhafter Einbettung, an Bedeutung. (Vgl. A, S. 353) *Autoritative Stellungnahmen* bezeichnen Ankündigungen von Gesetzen und Verwaltungsakten usw. Sie dienen als Symbole, die über ideologische Einbettung Spannungen abbauen und die Artikulation von *demands* vor- wie nachlaufend stimulieren. Auch wenn diese *outputs* noch nicht de facto spürbar sind, bauen die Stellungnahmen

147 Warum brauchen die Mächtigen die Autoritäten? Es kann nur so sein, dass die Mächtigen nicht legitimiert sind bzw. aus ihrer Position heraus nicht für die Gesamtgesellschaft stehen können. Daher müssen sie den Umweg über die Autoritäten nehmen, welchen wiederum breites Vertrauen zukommt.

148 Die Autoritäten haben durch die Selektionsleistung der *inputs* und *outputs* eine Lenkungsfunktion der Gesamtgesellschaft, daher nennt Easton dies eine autoritative Zuteilung von Werten. (Vgl. A, S. 350) Warum nun die Autoritäten und nicht die Mächtigen diese Position einnehmen sollten, bleibt offen.

149 Unterstützung goutiere weiche Entscheidungen: Herrschaft kann nicht durchgehend konfrontativ, drohend oder gewaltsam durchgesetzt werden, sie muss auch mit Überzeugungsversuchen arbeiten, mit rationalen Argumenten, mit Gefälligkeiten usw. Das System agiert demnach variabel und ressourcenschonend. Zentral ist allerdings die konzeptionelle Umstellung, die sich mit der Zuschreibung der Intention eines Systemverhaltens ergibt: Das System kann von der direkten Konversion Abstand nehmen und auf anspruchsvollere Umsetzungsinstrumente zurückgreifen. Der Bezug des Systems zu seiner Umgebung und den anderen Systemen stellt sich um, von einem Mechanismus auf eine Selbststeuerung.

eine Verbindung zu ihrer Realisation auf. Auf eine bestimmte Zeit könne die Unterstützung so gesichert werden. (Vgl. A, S. 354) *Assoziierte Stellungnahmen* erhalten ihre Bedeutung nur in Verbindung mit autoritativen *outputs*, zum Beispiel autoritativen *performances*.¹⁵⁰ (Vgl. A, S. 355) Diese interpretieren und erklären sie, um Unterstützung einzuholen. (Vgl. A, S. 357) Einen stabilisierenden Effekt der Stellungnahmen sieht Easton auch im Falle nicht-umgesetzter Politik: Auch wenn Gesetze scheitern, können unterlegene politische Kräfte doch sehen, dass sie Gehör gefunden haben.¹⁵¹ Damit diese Integrationsversuche fruchten, muss ein hohes Maß an politisch-rationalem Verständnis auf Seiten derer vorausgesetzt werden, deren Eingaben ohne Wirkung bleiben.¹⁵²

4. Die Stressreaktionen – Mechanismen und Strukturen der Entschärfung

Das System muss, um persistent zu bleiben, neben der Leistung der Konversion eine minimale Unterstützung aller drei Objekte des Systems und so ein gewisses Belastungskapazität ausbilden. (Vgl. A, S. 220) Auf dieses kann dann im Falle von *output-failures*, also Defiziten der Konversion, fehlender Sensibilität und längerfristigen Perspektiven, zurückgegriffen werden und so der verursachte Stress abgefedert und aufgefangen werden.¹⁵³ (Vgl. A, S. 230f.) Die Auswirkungen der Defizite betreffen gleichwohl nicht simultan alle Ebenen, vielmehr wirken sie sich in Stufen, beginnend bei den Autoritäten¹⁵⁴, um dann auf das Regime überzugreifen und um schließlich auch auf die politische Gemeinschaft auszustrahlen.¹⁵⁵ (Vgl. A, S. 231)

Auf einen anderen Umgang mit potentiell Stress weist Easton mit den *cleavages* hin, die *Dissens* nicht nur ordneten und einhegten, sondern ihn gleichsam zuließen und entluden. *Cleavages* markieren distinkte Einstellungen, Meinungen und Lebenskonzepte von Gruppen, die sich entlang bestimmter Konfliktlinien bildeten und den sozialen und politischen Raum prägten. Weil sich die Konfrontationen innerhalb der normativen Vorgaben des Regimes austragen und so systemkonform bleiben, kann das politische

150 Daneben bespricht Easton noch die assoziierten *performances*. (Vgl. A, S. 360)

151 In der Erklärung des Scheiterns ist es möglich, die vermeintlichen Verlierer und ihre Inhalte als Systemkräfte zu würdigen, deren politischer Wille zwar nicht in bindende Entscheidungen eingegangen ist, aber dennoch nicht ohne Einfluss geblieben sei. (Vgl. A, S. 359)

152 Neben einem Verständnis der Teilung der politischen Gemeinschaft bedarf es der Einsicht in die Regimenormen, den Spielregeln, Funktionen, Positionen und Verfahren sowie den Imperativen der Systemlogik und ebenso ein Wissen um die eigene politische Rolle und Bedeutung.

153 Dies wird aber nicht durch den Unterstützungsentzug der breiten Masse ausgelöst, sondern durch den einflussreicher Weniger: »*Relevant applies only to those members of a system who count, those who share in the effective power of the system. They may be few or many; they may fluctuate within systems over time and certainly their general properties differ across systems.*« (A, S. 222) Umfragen – beispielsweise nach Politikverdrossenheit – müssten sich demnach nicht an einen offenen Kreis willkürlich gewählter Bevölkerungsmitglieder richten, sondern an einen ausgewählten Personenkreis.

154 Als mögliche Ursache für das defizitäre Verhalten nennt Easton (A, S. 232) die Qualität der Autoritäten selbst (menschliche Fehlbarkeit, Unwissenheit, fehlende Fähigkeit zum Reagieren oder fehlende Responsivität) und die Ressourcenkapazität.

155 Dies sei zwar nur ein möglicher Weg, die historischen Beispiele würden aber mehrheitlich so ablaufen.